

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühren betragen für die fünfgespaltene Pettizeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Tarife für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 34.

Donnerstag, den 10. Februar 1910.

17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Eine Bankeroterklärung.

Zu derselben Zeit, da die preussische Regierung den Entwurf eines Wahlgesetzes veröffentlicht, durch das auch fernerhin die Sozialdemokratie vergewaltigt werden soll, zu derselben Zeit haben die verbündeten Regierungen dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorgelegt, der nichts weniger bedeutet als eine Bankeroterklärung der heutigen Ausbeutungswirtschaft gegenüber der Sozialdemokratie. Das ist die Bedeutung des Entwurfs eines Gesetzes über den Absatz von Kalisalzen.

Die Sozialdemokratie geht von der Tatsache aus, daß die gegenwärtige Wirtschaftsordnung zu unhaltbaren Zuständen führt, was von den Gegnern natürlich bestritten wird. Jetzt aber weisen die verbündeten Regierungen in der Begründung ihres Kaligesetzentwurfes eingehend nach, daß in einer wichtigen Industrie, der Kaliindustrie, die privatkapitalistische Wirtschaft auf die Dauer nicht aufrecht erhalten werden kann.

Deutschland hat einen großen Reichtum an Kalisalzlagerstätten, die für die Besitzer derselben um so profitabler sind, weil in den anderen Ländern Kali nicht gewonnen wird, und die kleine Zahl der Kali-Interessenten sich zu einem Syndikat zusammengeschlossen hat. Die hohen Profite der Kali-Kapitalisten haben aber im Laufe der Zeit bewirkt, daß immer mehr Kaliwerke angelegt wurden, die Produktion von Kali immer mehr anwuchs und schließlich ein Syndikat, das wirklich für die Kaliindustrie maßgebend wäre, nicht mehr zustande kam. Die Auflösung des Syndikates rückt aber, so heißt es wörtlich in der Begründung der Vorlage, die Gefahr eines allgemeinen ungezügelter Konkurrenzkampfes nahe. Ein solcher Kampf würde mit einer schweren Schädigung wichtiger Interessen der Allgemeinheit verbunden sein. Vor allem würden die Kalisalze infolge des Preissturzes jahrelang in großen Mengen an das Ausland verschleudert werden, wodurch dem Nationalvermögen große Summen verloren gehen müßten. Auch werden vorzugsweise die besten, keineswegs in besonders großen Mengen vorhandenen Salze abgesetzt werden, da bei den niedrigen Preisen der Abbau der weniger reichhaltigen Salze nur wenig lohnend wäre. Der Absatz der Salze an das Ausland zu Schleuderpreisen hätte die weitere Wirkung, daß die ausländische Landwirtschaft in ihrer Konkurrenzfähigkeit gegenüber der deutschen Landwirtschaft gestärkt würde. Durch den beträchtlichen Rückgang der Erträge der Kaliindustrie und durch die Entwertung des in ihr angelegten Kapitals würden weitere Kreise in Mittelstandslage gezogen und große Vermögen vernichtet werden, was eine sehr fühlbare Rückwirkung auf die allgemeine wirtschaftliche Lage zur Folge haben würde. Die Einstellung des Betriebs vieler Kaliwerke würde ferner ebenso schädlich wirken, wie das Stilllegen von Zechen: Arbeiterentlassungen, Verminderung der Steuereinnahmen der Gemeinden, schwere Schädigung der Hausbesitzer und Gewerbetreibenden wären die Folgen.

Bei der starken Entwertung der Kaliwerke würde endlich das auf den Kalibezug angewiesene Ausland die Gelegenheit nicht veräumen, Kaliwerke zu billigen Preisen zu erwerben und dadurch in unerwünschter Weise Einfluß auf die Gestaltung der Verhältnisse der deutschen Kaliindustrie gewinnen. Allerdings würde demgegenüber ein Kalitrust für die Kaliindustrie als solche manche Vorteile bringen. Vermöge seiner großen Kapitalkraft wäre ein Trust imstande, nicht nur alle außenstehenden Kaliwerke, sondern auch alle noch unerschlossenen Kalibauhfelder anzukaufen. Er könnte dann einerseits die Zahl der Kaliwerke dem Absatz genau anpassen und mit niedrigen Selbstkosten arbeiten, andererseits bei dem Fehlen einer Konkurrenz die Preise so hoch bemessen, wie es für ihn am vorteilhaftesten wäre. Um so schwerer müßte aber das Allgemeinwohl leiden, da der Trust eine Monopolstellung auch gegenüber den inländischen Abnehmern nach Kräften ausnützen würde. Unter solchen Umständen ist ein Eingriff des Staates zur Verhütung des Zusammenbruchs des Syndikates unvermeidlich.

So die Begründung, deren Kern das Eingeständnis ist: in der Kali-Industrie kommen wir mit der privatkapitalistischen Produktionsweise nicht mehr aus. Wenn aber die Gesamtheit eingreifen muß, so darf dies auch nur im Interesse der Gesamtheit geschehen. Daher müßten die Kaliwerke in Besitz der Gesamtheit übergehen, und die Kali-Industrie müßte nach dem Willen und im Interesse der Gesamtheit geregelt werden. Davon ist aber in dem Entwurf der Regierungen keine Rede. Nicht einmal das, was in der Begründung als die Grundursache der in der Kali-Industrie herrschenden ungesunden Verhältnisse bezeichnet ist, soll beseitigt, nicht einmal der übermäßige Andrang neuer Werke ver-

hindert werden. Schon eine solche Maßnahme erscheint den Regierungen als ein zu starker Eingriff in die bestehenden Rechtsverhältnisse und würde viel zu weitgehende Entschädigungsforderungen veranlassen.

Daher schlagen die Regierungen in ihrem Entwurfe das eine vor, daß die Gesamtheit das ausführe, wozu die Kalikapitalisten selbst nicht mehr fähig sind: das Kalisyndikat für einige Jahre, nämlich bis zum 1. April 1930, zu errichten. Alle Kalikapitalisten müssen nach dem Entwurf der Vertriebsgemeinschaft beitreten und dürfen Kalisalze nur durch Vermittelung der Vertriebsgemeinschaft absetzen. Auch ist der Bezug von Kalisalzen aus dem Ausland, falls solche dort ebenfalls gewonnen werden sollten, nur der Vertriebsgemeinschaft gestattet. Wer Kalisalze anders absetzt oder aus dem Ausland bezieht, ist nicht nur mit hoher Geldstrafe bedroht, sondern kann außerdem mit Gefängnis bis zu 3 Monaten bestraft werden. Dabei ist sogar für die Entschädigung der Streitfragen zwischen der Vertriebsgemeinschaft und einzelnen Kalikapitalisten der ordentliche Rechtsweg ausgeschlossen. Zuständig ist hier nur die Berufungskommission, zu der der Reichskanzler unter Zustimmung des Bundesrates und zwei Mitglieder, die Vertriebsgemeinschaft weitere zwei Mitglieder bestimmt.

Die Vertriebsgemeinschaft verteilt die zu liefernde Menge von Kalisalzen auf ihre Mitglieder, je nach der Ausbeutung und der Beschaffenheit der erschlossenen Kalialager sowie nach der Leistungsfähigkeit der Betriebsvorrichtungen. Ferner setzt die Vertriebsgemeinschaft die Verkaufspreise fest.

Hierauf können die Kalikapitalisten nach ihrem Belieben die Kalipreise diktieren. Um aber, heißt es dazu in der Begründung, einen Mißbrauch der durch den Ausschluß jeder Konkurrenz der Vertriebsgemeinschaft zufallenden wirtschaftlichen Macht zum Schaden öffentlicher Interessen zu verhindern, ist der Bundesrat als Aufsichtsbehörde eingesetzt worden. So bedürfen die erstmalige Festsetzung und jede Erhöhung der Verkaufspreise für das Inland der Genehmigung durch den Bundesrat. Die Verkaufspreise für das Ausland dürfen nicht niedriger sein, als die höchsten für die entsprechenden Sorten im Inland in demselben Kalenderjahre gezahlten Nettopreise. Ausnahmen sind nur mit Genehmigung des Bundesrates zulässig.

Das ist aber ein ganz ungenügender Schutz für die Gesamtheit. Denn unsere Großkapitalisten sind mächtig genug, um ihren Einfluß auch auf den Bundesrat geltend zu machen.

Demnach ist der Entwurf des Kaligesetzes der Versuch, den reichen Kalikapitalisten auf Kosten der Gesamtheit eine möglichst hohe Rente zu sichern. Als es sich aber im vorigen Jahre darum handelte, für die Armen der Armen, für die geradezu schamlos ausgebeuteten Heimarbeitereinrichtungen zur Festsetzung von Minimallöhnen zu schaffen, da hielt der damalige Staatssekretär des Innern, der jetzige Reichskanzler, eine außergewöhnlich lange Rede, in der er im Namen des Bundesrates aus prinzipiellen und praktischen Gründen Einspruch gegen „so weitgehende Eingriffe in das wirtschaftliche Leben“ erhob. Dieser Gegensatz kennzeichnet die Sozialpolitik der herrschenden Klasse.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

An die Parteigenossen und Arbeiter Preußens wendet sich ein Aufruf des Parteivorstandes, der Landtagsfraktion und des geschäftsführenden Ausschusses. In demselben wird in markanten Worten die Wahlrechtsvorlage verurteilt und zum flammenden Protest aufgefordert.

Der Aufruf schließt:  
Arbeiter! Handwerker! Bauern! Es gilt jetzt, öffentlich zu bekunden, daß das Volk sich eine derartige Verhöhnung nicht bieten läßt.

Überall in Stadt und Land müssen die Massen ausgerüttelt werden. Ein Ruf muß alle Ausgebeuteten und Unterdrückten, ob Männer oder Frauen, beseelen, der Ruf:

Her mit dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheime Wahlrecht!

Es gilt, das Reich von den Junkern zu befreien!

Der Kampf muß mit Fähigkeit und Energie geführt werden. Seit ihrer Gründung fordert die sozialdemokratische Partei das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht. In unseren Organisationen müssen alle Anhänger eines freien Wahlrechts zusammenfinden. Die Organisationen müssen zu einer gewaltigen Wahlrechtsliga anschwellen, der keine Macht widerstehen

kann. Das muß die erste Antwort auf die von der preussischen Regierung dem Volke ins Gesicht geschleuderte Verhöhnung sein.

Parteigenossen! Agitiert von Haus zu Haus, geht auf das platte Land und sucht die Entrechteten für unsere große Sache zu gewinnen.

Am nächsten Sonntag finden im ganzen Lande Versammlungen statt. Sorgt dafür, daß sich diese Versammlungen zu wichtigen Demonstrationen gestalten, wie sie Preußen noch nicht gesehen hat.

Die Parole heißt:  
Nieder mit den Junkern! Hoch das freie Wahlrecht!

Der Arbeitsplan des Reichstages gestaltet sich nach früheren Beschlüssen des Seniorenkongresses und den neu hinzugekommenen, noch zu erledigenden Aufgaben folgendermaßen:

Es besteht die Absicht, die Etatsberatung bis zum 18. März fertigzustellen, und man nimmt an, daß diese Absicht auch in die Tat umgesetzt werden wird, da noch 28 Sitzungstage zur Verfügung stehen. In den nächsten Tagen soll in die Etatsberatung nur die erste Lesung des Kaligesetzes eingeschoben werden, um das Gesetz einer Kommission überweisen zu können. Was die Reichsversicherungsordnung anbetrifft, so wird, falls sie dem Reichstage noch vor Ostern zugehen wird, die erste Lesung dieses Entwurfs erst nach Ostern erfolgen und die Vorlage an die Kommission abgegeben werden. An sonstigen Vorlagen werden noch erwartet das Stellenvermittlungsgesetz, eine Novelle zum Urheberrecht, eine Gewerbeordnungsnovelle und das abgeänderte Arbeitskammergesetz. Bisher ist die erste Lesung dieser Entwürfe noch vor Ostern in erster Lesung beraten werden können. Gegen Ende April dürfte das Plenum des Reichstages seine Arbeiten erledigt haben und auf weitere Beschäftigung erst im Herbst rechnen können. Man nimmt also an, daß etwa zu Himmelfahrt sich der Reichstag auf den Frühherbst vertagen wird.

Die Nationalliberalen und die nächsten Reichstagswahlen.

Der „Hannoversche Courier“ beschäftigt sich mit der Frage, wie sich die Nationalliberalen bei den nächsten Reichstagswahlen zu verhalten haben. Der Bismarck-Block sei zertrümmert, an eine Einigung der Blockparteien vorerst nicht zu denken, vielmehr dürfe der Streit um die preussische Wahlreform die alten Blockparteien noch weiter auseinanderbringen. Die Gefahr, daß eine schwarz-rote Mehrheit im neuen Reichstage wiederkomme, sei sehr groß. Die Nationalliberalen hätten aber sehr viel Interesse daran, eine solche Mehrheit zu verhüten. Die Frage sei nur die, ob das möglich wäre, und ob die Erhaltung der Mehrheit der Bismarckschen Blockparteien, auch wenn sie keinen Block mehr bilden, sich bewerkstelligen ließe. Diese Frage beantwortet der „Courier“ mit Nein. Er schreibt:

„Nun wird es aber in absehbarer Zeit nicht möglich sein, das Zentrum, das jetzt 106 Abgeordnete zählt, erheblich zu schwächen. Ebenso ist nicht darauf zu rechnen, daß Polen, Welfen und Elsäßer, die immer die Opposition zu verstärken bereit sind, und die jetzt zusammen 80 zählen, beträchtlich abnehmen. Dann brauchen aber nur einige 80 Sozialdemokraten in den neuen Reichstag einzuziehen, und die genannten Gruppen zusammen umfassen 200 Abgeordnete, bilden die Mehrheit, die Bismarcksche Blockmehrheit ist dahin. Daß aber die Sozialdemokraten, die jetzt 46 Sitze innehaben, so viel hinzugewinnen werden, ist das allermindeste, womit man rechnen; mancher erwartet, wenn er die jetzige Verärgerung mit der Begelstellung der Wahlen von 1907 vergleicht, einen viel stärkeren Zuwachs der roten. Also jenes Ziel, die Wiederkehr einer schwarz-rot-polnischen Mehrheit zu verhüten, ist aller Voraussicht nach ohnehin nicht erreichbar.“

Der „Courier“ führt dann in längeren Darlegungen aus, daß es auch Mittel gäbe, eine Zentrumsherrschaft möglichst ungefährlich zu machen. Das wichtigste sei, daß das Zentrum keine feste Stütze mehr in den Konservativen finde. Der Gedanke wird nun weiter erörtert in folgenden Ausführungen:

„So bleibt nur die Frage: Ist es möglich, die schwarz-blaue Mehrheit in Minderheit zu verwandeln? 1903 waren gewählt rund 80 Sozialdemokraten, rund 50 Nationalliberale, rund 40 Linkliberale, gegenwärtig sitzen im Reichstag 46 Sozialdemokraten, 50 Nationalliberale, 50 Linkliberale. Können diese fast 150 Vertreter der links vom Zentrum sitzenden Parteien auf 200 kommen? Ein Berliner Blatt hatte neulich ausgerechnet, daß sie 1907 ganze 47 Wahlkreise dadurch verloren haben, daß sie nicht mehr die unterstufen und folgerte daraus, jenes Ziel sei leicht zu erreichen. Die Norddeutsche Allgemeine hat diese Berechnung als Milchmädchenrechnung sehr von oben herab abgetan. Offenbar mit Unrecht. Viele Kreise geben der Reaktion schon verloren, wenn nur die Liberalen ihr nicht direkt zu Hilfe kommen, sondern sich der Abstimmung enthalten, und vor allem: eine ganze



Anzahl Kreise, in denen es das letztmal überhaupt nicht zur Stichwahl kam, sind von der Rechten nur mit verschwindend geringen Mehrheiten erobert worden, und gehen ihr, wenn nicht eine solche Wahlparole wie 1907 alle Mann an die Urne bringt, sicher bei der nächsten Wahl verloren. . . .

Das Ergebnis wäre also: geht bei den nächsten Reichstagswahlen den Parteien des Blocks die Mehrheit ohnehin verloren, dann ist es für die National-Liberalen wie für den Liberalismus überhaupt das ungünstigste, wenn von dieser Schwächung die Rechte nur wenig mitbetroffen wird, viel günstiger, wenn auch sie so stark getroffen wird, daß eine schwarz-blaue Mehrheit gleichfalls unmöglich wird.

Die Ausführungen sind sehr gut, befolgt aber werden sie von den National-Liberalen gewiß nicht. Diese sind zum größten Teil schon so tief gesunken, daß sie sich nur in der Rolle der Schlepptreuer der Reaktion wohl fühlen!

Gegen die freie Eisenbahnfahrt der Abgeordneten wendet sich die „Kreuzzeitung“. Das Blatt schreibt zu dem national-liberalen Antrag auf Gewährung der Freifahrt für die ganze Legislaturperiode, der vom Reichstag einstimmig, also auch von den Konservativen, angenommen wurde:

„Seute verlangen die Reichstagsabgeordneten mit Ausnahme der Konservativen freie Fahrt auf allen deutschen Eisenbahnen für die Dauer der ganzen Legislaturperiode. Der Appetit der Parlamentarier wächst, besonders der Appetit der Berufsparlamentarier, am stärksten aber der Appetit jener Berufsparlamentarier, die zugleich in Dienste von politischen oder wirtschaftlichen Interessengruppen tätig sind und häufig Agitations- und Geschäftsvorhaben zu machen haben. In der verlangten Erweiterung der Eisenbahnfreifahrt kann man nur einen Aufschwung des modernen Parlamentarismus erblicken. Sachliche Gründe für die neue Forderung lassen sich nicht geltend machen.“

Wir sagten schon, daß die Konservativen der verlangten Ausdehnung der freien Fahrt zustimmten; sie werden, sollte sie kommen, auch nicht weniger Gebrauch davon machen als andere, denn dies ganze Getue ist nichts als plumpe Heuchelei. Sie wandten sich auch gegen die Diäten und heute kann man so manchen Konservativen nach der Einschreibliste und bei namentlichen Abstimmungen Trab laufen sehen, wenn er nicht 20 Mk. an seinen Diäten verlieren will.

### Ein Vorstoß.

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion in Berlin hat der Stadtverordnetenversammlung folgenden Antrag eingereicht:

Die Versammlung wolle beschließen, eine Petition an das Haus der Abgeordneten abzugeben, in der vom Standpunkte der Berliner Bürgerschaft die sogenannte Wahlrechtsreform in ihren Wirkungen auf die politische Entziehung der breiten Masse des Volkes dargelegt und das Haus der Abgeordneten ersucht wird, die Wahlvorlage abzulehnen, ferner den Magistrat zu ersuchen, dem Beschlusse der Versammlung beizutreten.

### Die Budgetkommission des Reichstages

lehnte am Mittwoch nach längerer Debatte die Mehrforderung von 634 000 Mk. als Pferdegeld für die Generale mit 13 gegen 8 Stimmen ab. Dafür stimmten für die Konservativen und Wirtschaftliche Vereinigung v. Schubert und Paasche, während die zwei anderen national-liberalen Mitglieder der Kommission dagegen stimmten.

Die früher ausgelegte und gestern vorgenommene Abstimmung über die Umwandlung von 538 Veterinärbeamten in Veterinärinspektoren ergab eine Mehrheit für die Regierungsvorlage. Dafür stimmten Konservative, National-Liberalen und Freisinnige, dagegen Zentrum und Sozialdemokraten.

Es wurde weiter allgemein über die hohen Reisekosten der Offiziere geklagt. Es wurden daher die angeforderten 5 972 000 Mk. auf 5 400 000 Mk. mit knapper Majorität herabgesetzt. Gegen die Herabsetzung der Position stimmten die Konservativen und National-Liberalen (mit einer Ausnahme) und der Antisemit. Von den für die Artillerie verbrauchten 2 215 000 Mk. zur Bezahlung von Munition usw. beantragte Abg. Gotthein einen Abstrich. Der Antrag wurde jedoch abgelehnt; selbst seine Freunde stimmten dagegen.

Eine Resolution des Zentrums: die Kontrollversammlungen statt halbjährlich nur alle Jahr einmal anzusetzen, wurde mit knapper Mehrheit angenommen.

Die Beratung des Militäretats wurde in der bis in den Abend hinein dauernden Sitzung erledigt. — Donnerstag folgt der Etat des Innern und sodann der Marineetat.

### Ein Hinansgeworfener.

Der frühere Reichstags-Abgeordnete, der Bürgermeister von Kolmar i. E., Blumenthal, ist aus der liberal-demokratischen Fraktion des Elsaß-lothringischen Landesauschusses ausgeschlossen worden. Nach den vorliegenden Meldungen hat er sich verächtlich allzu sehr mit dem Zentrum eingelassen. Selbst seine eigenen Parteireisenden sind also zu der Ansicht gekommen, daß es mit dem Liberalismus und der Demokratie dieses Herrn nicht weit her ist. Trotzdem aber machen liberale Agitatoren es der Sozialdemokratie zum Vorwurf, daß sie diesen verkappten Reaktionsär nicht bei der Stichwahl 1907 heraushaute. Wie recht unsere Genossen, die damals schon den Herrn durchschauten, hatten, zeigt der Hinanswurf.

### Eine Wirkung der Rede Oldenburgs.

Welches Echo die Oldenburgische Scharfmacherrede bei manchen Landwehrlenten erweckt, geht aus der Zuschrift eines badischen Landwehrmannes an die konservative „Deutsche Reichspost“ hervor, in der gesagt wird:

„Der Landwehrmann ist überzeugt, daß alle diejenigen, welche den Rock des Kaisers tragen oder je getragen haben, keinen Augenblick zögern würden, den kaiserlichen Befehl, so wie ihn Oldenburg verlangt hat, auszuführen. Diejenigen, die vom revolutionären Geist so weit verzeucht sein sollten, daß sie den Befehl nicht ausführen wollten,

würden von ihren Kameraden einfach mit Fortgeriffen werden.“

### Die preussische Wahlrechtsvorlage

kommt heute im Dreiklassenparlament zur Beratung. Von unserer Seite werden die Genossen Ströbel und Hirsch sprechen.

### Vereitet das Zentrum seinen Unfall vor?

In einer Betrachtung über die Aussichten der Wahlrechtsvorlage verlegt sich die „Germania“ zu folgenden Sätzen:

„Wenn in einzelnen linksliberalen oder radikalen Blättern die ganze Wahlrechtsvorlage rundweg abgelehnt und vorgeschlagen wird, die Mehrheit des Abgeordnetenhauses solle den Entwurf zerreißen und der Regierung zerlegt vor die Füße werfen, so wird das gewiß nicht geschehen, da die Regierung dann in absehbarer Zeit eine andere oder bessere Vorlage nicht einbringen würde. Aber durch das Einbringen einer so ungenügenden und mangelhaften vorbereiteten Vorlage ist die Reformarbeit für die Anhänger einer gründlichen Reform sehr erschwert worden. Ob man die gewissenhafte Entscheidung treffen kann, ob gar keine Reform vorzuziehen ist, als eine überaus mangelhafte oder schädliche Reform, muß man zunächst wissen, was etwa als Abschlagszahlung an Reformen zu erreichen ist, und dazu ist der Eintritt in die parlamentarischen Verhandlungen und Kommissionsberatungen nötig.“

Offenkundig sorgen die noch im Banne des Zentrums stehenden Arbeiter dafür, daß der Zentrumsfraktion die Lust an politischen Schachergeschäften wenigstens in dieser Frage vergeht.

### Polizei hilft!

Die „Kreuzzeitung“ ist empört darüber, daß unsere Genossen in Breslau Deputationen an die bürgerlichen Abgeordneten abgeschickt haben, sie erblickt darin einen Unfug, dem man nur dadurch begegnen könne, daß man vor diesen Deputationen grundsätzlich die Türen verschlossen halte. Dann kommt der Ruf an die Polizei. Das Sinkerblatt kleidet ihn in diese Sätze:

„Die Proteste gegen die Wahlrechtsvorlage dienen den Aufwieglern nur als Vorwand. Der ganze Zweck dieser Demonstrationen richtet sich durchaus zielbewußt gegen die öffentliche Ordnung. Wenn diesen Unternehmen selbstverständlich die Polizeimacht entgegentritt, wenn es, wie wiederum in Breslau, zu blutigen Zusammenstößen kommt, dann werden die Demonstranten als die Unschuldigen und die Schutzleute als die Übeltäter hingestellt, um damit auf neue die Massen aufzuheizen. Warum handeln die Unternehmer solcher Demonstrationen nicht gesetzlich und kommen um die Erlaubnis dafür ein? Weil sie das „Recht auf die Straße“ sich erzwingen, weil sie der Polizeimacht, die sie gesittentlich provozieren, Trotz bieten wollen.“

„Wahlrechtsdemonstrationen mit polizeilicher Erlaubnis!“ Ein Beweis, daß selbst in dieser hochernsten Zeit der Witz noch nicht verstummt ist.

### Die Mundtotmachung sozialdemokratischer Abgeordneter

verlangt die freikonservative „Post“, die im Anschluß an die bekannte Drohung des national-liberalen Vizepräsidenten Dr. Krause bemerkt:

„Man wird unter diesen Umständen erwarten dürfen, daß die nachdrückliche Mahnung des Abgeordneten und Vizepräsidenten Dr. Krause, die Objektivität des Abgeordnetenhauses nicht ferner in dem Maße wie Dr. Liebnicht zu mißbrauchen, ihre Wirkung nicht verfehlen wird, andernfalls würde die sozialdemokratische Fraktion damit rechnen müssen, daß ihr ferner nicht mehr die weitgehende Teilnahme an den Verhandlungen gestattet wird, deren sie sich bisher erfreute, sondern daß man ihre Zulassung zum Wort auf das ihrer Kopfstärke entsprechende Maß zurückführen wird.“

Wie wahr's, wenn man die sozialdemokratischen Abgeordneten überhaupt von den Sitzungen des Sinkerparlamentes ausschließen würde? Dann wäre man die ungestümen Mahner und Dränger doch völlig los!

### Die abgeänderte konservative Parteitagsvorlesung.

Auf dem am 3. d. Mts. in Hildesheim stattgefundenen konservativen Parteitage für die Provinz Hannover sollte ursprünglich eine aus drei Punkten zusammengesetzte Resolution zur Verteilung kommen. Alles war von den Konservativen oder, besser gesagt, den bündlerischen Machern wohl vorbereitet. Im letzten Augenblicke jedoch, als ein Neudruck nicht mehr hergestellt werden konnte, wurde (wahrscheinlich von dem die hannoversche Geldschatzleitung an Schlauheit übertreffenden konservativen Parteivorstande) der zweite Punkt beanstandet und gestrichen, so daß die Verteilung der Resolution unterbleiben mußte. Der unterdrückte Resolutionsentwurf soll aber trotzdem der Welt nicht vorenthalten bleiben. Er hatte folgenden Wortlaut:

2. Der Parteitag erblickt in der konservativen Partei, ihrer Erhaltung und Stärke das feinste Bollwerk gegen alle Vortreibungen, die an dem feiten Gefüge des Staates rütteln und seine bewährten Einrichtungen ohne Grund ändern wollen.“

Es ist ausgeschlossen, daß diese schönen Zeilen aus Liebe zu den Sozialdemokraten nicht zum Beschluß erhoben wurden. Näher liegt die Annahme, daß die hannoversche konservative Parteileitung gegen die preussische Wahlrechtsreform demonstrieren wollte, dieses Unterfangen aber der oberste Gerichtshof der konservativen Partei nicht für opportun erachtete. Vielleicht lag den obersten Sinkerführern noch der edle Saunischauer unverdaut im Magen.

### Rußland.

Die Duma und das Genferregiment. Die Arbeitsgruppe (Trudowiki) des russischen Parlaments hat dem Dumapräsidenten Chomjakow eine offizielle Erklärung über die Todesstrafe in Rußland überreicht. In ihr wird hervorgehoben, daß schon in der ersten Session der dritten Reichsduma von der Arbeitsgruppe ein Gesetzesvorschlag über die Abschaffung der Todesstrafe in Rußland eingebracht wurde. Aber im Verlaufe des ganzen Jahres 1908 blieb er unbeachtet und die Folge davon war, daß die Kriegengerichte 1909 Todesurteile fällten, von welchen 825 Urteile auch vollstreckt

wurden. Zum Beglute des Jahres 1909 hat die Reichsduma die Gesetzesvorlage einer juristischen Kommission überwiesen, welche jedoch bis jetzt nicht zur Prüfung derselben gelangt ist. Mittlerweile sind aber im verfloffenen Jahre wieder 543 Personen hingerichtet worden. Nach längeren Ausführungen gegen die Todesstrafe schließt die Interpellation mit folgenden Worten: „Wenn die Regierung nicht den Mut besitzt, die Todesstrafe einzustellen, so darf die Reichsduma nicht mehr in dieser Hinsicht zögern. Die Unterzeichneten fordern deshalb, daß die Reichsduma der juristischen Kommission einen Termin von zwei Wochen einräume, innerhalb welchem sie eine fertige Gesetzesvorlage über die Abschaffung der Todesstrafe einbringen müsse.“ — Anscheinend hat diese Interpellation wenig Aussicht auf Erfolg. Gegen sie wird die Fraktion des Verbandes des 17./30. Oktobers stimmen. Die Mehrzahl der Oktoberisten ist überhaupt im Prinzip gegen die Abschaffung der Todesstrafe im Rußland. Der Oktoberistenführer Gutschkow ist bekanntlich im Jahre 1906 für die Einführung der Kriegs- und Feldgerichte lebhaft eingetreten. Er beharrt auch jetzt bei seinem alten Standpunkt, daß die Abschaffung der Todesstrafe noch verfrüht sei. Diesen fatten Bourgeois ist es trotz aller „liberalen“ Schwägereien sehr lieb, wenn das revolutionäre Proletariat durch den Galgen dezimiert wird.

### Finnland.

87 Sozialdemokraten im neuen Landtag. Nach einer vorläufigen Zusammenstellung ist das Ergebnis des Landtagswahlen folgendes: Es wurden gewählt 2 Sozialdemokraten 87, Altsinnen 42, Jungsinnen 28, schwedische Volkspartei 26, Agrarier 16, christlich-sozial Arbeiterpartei 1.

### Spanien.

Nur von kurzer Dauer war die Herrschaft des liberalen Kabinetts Moret. Es hat gestern seine Entlassung gegeben. Über die Gründe verläutet noch nichts. Ein Demokrat, Canalejas, wurde mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt.

## Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 10. Februar.

Achtung, Stukkateure und Hilfsarbeiter! Wegen Differenzen ist die Firma Fr. Faber, Lübeck, für Stukkateure und Hilfsarbeiter gesperrt.

Achtung, Maurer und Bauhilfsarbeiter! Aber die Warten der Firma Lorkuhl in Kücknick (Zwischenmeißler Wädel und Behrens) ist die Sperre verhängt worden. Kein organisierter Maurer und Bauhilfsarbeiter darf dort Arbeit annehmen.

Eine sehr umfangreiche Tagesordnung liegt der Bürgererschaft am kommenden Montag zur Beratung und Beschlußfassung vor; sie umfaßt folgende Gegenstände. I. Mitteilungen des Senates. II. Anträge des Senates; 1. Änderungen im Rechnungswesen der Verwaltungsbehörden für städtische Gemeindefunktionen. 2. Einrichtung einer Krankenstation im ehemaligen St. Annenkloster. 3. Ermächtigung des Vorstandes der St. Petri-Kirchengemeinde zum Neubau eines Hauses auf dem Grundstück Gr. Petersgrube 2 und Kolk 24. 4. Erlaß von Nachträgen zum Lübeckischen Gewerbeverordnungs-Gesetz und zum Ortsstatut für das Kaufmannsgericht zu Lübeck. 5. Änderung der Gehaltsverhältnisse des Stadt- und Landamtes und der Baudeputation. 6. Ausbau der Meierstraße auf der Strecke zwischen der Karpfenstraße und der Lindenstraße. 7. Verstärkung der im Budget der Baudeputation für 1909 für den Baggerbetrieb vorgesehene Mittel. 8. Nachbewilligung von Mitteln für Herstellung der Verbindungsstraße Rose-Godewind in Travemünde. 9. Herstellung einer Fußwegverbindung zwischen der Verbindungsstraße Rose-Godewind und dem Kurgarten in Travemünde. 10. Austausch eines neben der Markt-Kaserne an der Göttenstraße belegenen Areals gegen das Gelände des früheren Militärdepotplatzes an der Fackelburger Allee. 11. Neuordnung der Verhältnisse der Schulgemeinde Borwerk. 12. Nachbewilligung von 17 074,35 Mk. auf die Ausgaben der Strafanstalt Lauerhof im Rechnungsjahre 1909. 13. Weiterer Ausbau der Buschstraße und der anschließenden Querstraße. 14. Erlaß eines Nachtrages zum Einquartierungs-Statut für die Stadt Lübeck und deren Vorstädte vom 1. März 1894. 15. Anlauf des Grundstücks Gronsforders Allee 48 durch die Armenanstalt. 16. Ausdehnung der Landgemeindevorordnung auf das Gesamtgut Weizenrode und Aufhebung des Artikels 60 des Unterwiesengesetzes. 17. Ersetzung der Geltungsdauer des vierten Nachtrags vom 2. Dezember 1903 zu dem Gesetze vom 27. Mai 1883, betreffend die Einkommensteuer auf das Jahr 1910. 18. Erlaß eines Nachtrages zur Stempelordnung vom 22. Dezember 1909. 19. Antrag von Stellung: Die Bürgererschaft ersucht den Senat, ihr baldmöglichst eine Vorlage entgegenzubringen, welche a) die Einführung eines Hafen-Inspektors und b) die Einrichtung einer ärztlichen Leitung unterstellten Unfallstation, die telephonisch mit Meldestellen verbunden ist, vorsieht. IV. Antrag von Heine, Thiel: Die Bürgererschaft wolle beschließen, an den Senat das Gesuchen auf Einsetzung einer gemeinsamen Kommission zu richten zu dem Zweck, in eine Prüfung der Frage einer Reorganisation der Lübecker Verwaltungsbehörden zu treten und im Falle zweckentsprechende Vorschläge zu machen.

Der Verleumder in der Schlinge. Am Montag nagelten wir die Verleumdung resp. Fälschung fest, die ein Hirsch-Sinkerischer Holzarbeiter G. im „Stadt- und Landboten“ in die Welt setzte, indem er behauptete, der „Lübecker Volksbote“ hätte kürzlich geschrieben, seit dem bald 40-jährigen Bestehen der freien Gewerkschaften hätten diese noch keine Erlöse für die Arbeiterchaft errungen. Wie verlangten mindestens den Nachweis, wann und in welchem Zusammenhang diese Äußerung getan sei. Dadurch ist der dunkle Ehrenmann arg in Verlegenheit gekommen; er gesteht das im gestrigen „Landboten“ auch zu, indem er es uns gütigst überlassen will, diese von ihm aus seinen schmutzigen Fingern gesogene Lüge nur im „Volksboten“, in dem sie niemals enthalten war, zu suchen. So wird's von jener Sorte Gewerkschafter gewöhnlich gemacht. Erst verleumden und dann schmählich kniefen, wenn es zu beweisen gilt. Diesmal hatte der Herr G., wie der Biedere seine geistigen Exzessive zeichnet, es aber gar zu plump und einfältig angefangen. Zur Erheiterung unserer Leser sei noch mitgeteilt, daß der wahrheitscheue Hirsch allen Ernstes behauptet, der Lübecker Ortsverein des Gewerkschafts der Holzarbeiter sei „bekanntlich“ erst längere Zeit nach Beendigung des Holzarbeiterstreiks gegründet. Selbst wenn das richtig wäre — was aber nicht der Fall ist — so würde dadurch die Tatsache nicht aus der Welt geschafft, daß es Arbeitswillige waren, die den Orts-



verein gelübeten und ihm als Mitglieder angehört. Wenn jetzt einige derselben ihr damaliges Unrecht eingesehen und sich dem Verbände angeschlossen haben, so zeugt das nur davon, daß sie zu besserer Einsicht gekommen sind, und das ist nur zu begrüßen.

**Natürliche und unnatürliche Kinderernährung.** Der Erfolg der natürlichen Ernährung der Säuglinge durch eine künstliche ist leider eine so alltägliche Sache geworden, daß man es fast für gleichgültig oder in vielen Fällen für selbstverständlich hält, daß ein Kind mit der Flasche aufgezogen wird. Von einflussreicher Seite wird unermüdet darauf hingewiesen, daß dieser Verzicht auf die natürliche Ernährung nur im Notfall stattfinden sollte, weil er eine Beeinträchtigung der Volksgesundheit und Volkskraft bedeutet. Auch die Sonderwissenschaft, die sich mit diesen Fragen zu beschäftigen hat, steht erfreulicherweise nicht still, und in einer Sitzung der Medizinisch-chirurgischen Gesellschaft in Glasgow hat der durch Forschungen auf diesem Gebiete rühmlich bekannte Dr. Findlay die Erörterungen über diesen Punkt wieder eröffnet. Er sprach unter Berücksichtigung aller früheren Untersuchungen, namentlich von deutschen Gelehrten, über die wesentlichen Unterschiede zwischen Muttermilch und Kuhmilch. Noch heute stehen die meisten Autoritäten in England und Amerika auf dem Standpunkt, daß der geringere Wert der Kuhmilch für die Säuglingsernährung auf dem Unterschied in dem Gehalt an Eiweiß und Fett besteht. Dr. Findlay aber bekämpft sich jetzt mit aller Entschiedenheit zu der besonders durch die Forschungen von Professor Meyer in Berlin gewonnenen Anschauung, daß es noch weit wichtigere andere Unterschiede zwischen beiden Milchsorten gibt. Es ist durch Versuche ermittelt worden, daß gesunde und kranke Kinder, die mit einer Mischung von Molken aus Muttermilch und geronnener Kuhmilch gefüttert wurden, ausgezeichnet gedeihen, während Kinder von einer Mischung von Kuhmolken und geronnener Muttermilch krank wurden. Die Kohlenwasserstoffe in beiden Milcharten sind die gleichen. Die anorganischen Salze dagegen sind nach Menge und Art wesentlich verschieden. Erstens sind sie in der Kuhmilch mit mehr als der dreifachen Menge vertreten, und außerdem findet sich in ihr mehr Natrium, Kalzium, Magnesia und Phosphor und dafür weniger Pottasche und Eisen. Die Natriumsalze veranlassen nun aber nach den Untersuchungen von Fintelstein eine Steigerung der Temperatur, eine Zunahme des Gewichts und der elektrischen Erregbarkeit der Muskeln, während die Kalzialsalze die entgegengesetzte Wirkung haben. Wertvoll genug scheint es auf den Gehalt an Eiweiß und Fett verhältnismäßig wenig anzukommen, denn er ist in der Muttermilch recht schwankend, und das Mehr oder Weniger an diesen Stoffen hat keinen sichtlich Einfluss auf das Gedeihen des Kindes. Der Salzgehalt aber hat sich als sehr bedeutsam herausgestellt. Wenn eine Muttermilch dem Kinde nicht bedürftlich war, so wurde in ihr eine ungewöhnliche große Menge von Salzen ermittelt. Daraus ergibt sich der wichtige Schluss, daß der geringere Wert der Kuhmilch auf demselben Umstand beruht und daß ihre Verdünnung, die man zum Zweck der Säuglingsernährung längst als notwendig erkannt hat, weniger durch die Forderung einer Verminderung des Eiweiß- oder Fettgehalts, als durch die Rücksicht auf die Herabsetzung des Salzgehalts geboten ist. Aber auch damit ist die Frage noch nicht vollständig geklärt, sondern es kommt noch ein weiterer wichtiger Punkt hinzu. Es ist nämlich ferner nachgewiesen worden, daß die Muttermilch nicht nur unzureichend, sondern geradezu schädlich für das Kind wird, wenn ihr die Salze entzogen, von organischen Stoffen befreit und dann von neuem in Lösung gelöst werden. Daraus ergibt sich, daß den Salzen der Muttermilch noch ein besonderer geheimnisvoller Stoff beigegeben ist, auf dessen Anwesenheit die Nährkraft der Muttermilch vielleicht hauptsächlich beruht.

**Jahresbericht der Zahlstelle Lübeck des Zentralverbandes der Schmiede für 1909.** Die Zahlstelle Lübeck hatte im Jahre 1909 eine Einnahme von 6406,59 Mk., wovon 200 Mk. aus der Hauptkasse sind. Die Ausgaben verteilen sich auf folgende Posten: Verwaltungskosten 79,97 Mk., Beamtenentschädigung 410,12 Mk., Maßregelungs-Unterstützung an 1 Mitglied 56,96 Mk., andere Ausgaben 423,20 Mk., Reisegeld an 55 Mitglieder für 146 Tage 121,50 Mk., Arbeitslosen-Unterstützung an 67 Mitglieder für 1238 Tage 1960,90 Mk., Krankengeld an 80 Mitglieder für 1460 Tage 2186,52 Mk. An die Hauptkasse geleistet 1200 Mk., am Ort behaltene 140,42 Mk. Die Mitgliederzahl stellte sich am 1. Januar 1909 auf 207. Neu aufgenommen wurden 29, zugereist sind 4, vom Militär zurück 7 Mitglieder; wegen rückgehender Beiträge gestrichen wurde 1, ausgetreten 9, abgereist 22, zum Militär eingezogen 8. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Jahres 1909: 212. Versammlungen wurden abgehalten: 13 Mitgliederversammlungen und eine öffentliche Versammlung. Die Höchsthöhe der Besucher war 80, die niedrigste Zahl 22. Durchschnittlich waren 35 Mitglieder anwesend. Die Verwaltungsgeschäfte wurden in 22 Vorstandssitzungen erledigt. Von drei Referenten wurden fünf Vorträge gehalten. Am 1. Januar 1909 kündigten die hiesigen Innungsstellen der Zunft den Lohnstarif und erlangten nach mehreren Verhandlungen ohne Arbeitseinstellung eine Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden und einen Lohnaufschlag von 5 Pfg. pro Stunde sowie 25 Proz. für die erste und 50 Proz. für die weiteren Überstunden und für Sonntagarbeit. Die Lokalkasse hatte am 1. Januar einen Kassenbestand von 908,81 Mk. Die Einnahmen beliefen sich auf 1033,20 Mk. an Beiträgen, Überschuss von Vergütungen 87,35 Mk., Zinsen 22,77 Mk. An Ausgaben sind zu verzeichnen: Für Verwaltung 5 Mk., Beitrag für das Arbeiterssekretariat 204,96 Mk., Zuschuß zu Vergütungen 58,00 Mk., Notfall-Unterstützung 361,50 Mk., für andre Zahlstellen 50 Mk., für die ausgesetzten Schweden 80 Mk., sonstige Ausgaben sind 19,58 Mk. Kassenbestand am Schluß des Jahres 1213,04 Mk.

**Ortsdankenkasse in Lübeck.** Mit dem Jahre 1909 ist die Ortsdankenkasse der Generalversammlung der Ortsdankenkasse abgelaufen. Zu wählen sind: a. 186 Vertreter der Kassenmitglieder und 93 Gesandte, b. 78 Vertreter der Arbeitgeber und 89 Gesandte. Zur Aufstellung eines unverbindlichen Wahlvorschlages werden die Arbeitgeber sowie die Kassenmitglieder ersucht, geeignete Vertreter bis spätestens Donnerstag, den 24. Februar 1910, der Kassenverwaltung, Mengstraße 28, aufzugeben.

**Von der Lübecker Schifffahrt.** An Seeschiffen kamen im Monat Januar 91 Dampfer und 12 Segler im hiesigen Hafen an. 4 Dampfer hatten Kohlenladungen; Holzladungen hatten gleichfalls 4 Dampfschiffe. An lebendem Schlachtvieh wurden 804 Kinder, 6 Kälber und 10 Schafe eingeführt. Auf dem Elbe-Travelkanal kamen 52 Fahrzeuge nach hier; 51 gingen aus. Der Flußschiffverkehrsverkehr auf der Elbe stellte sich auf 100 angekommene und 102 abgegangene Fahrzeuge.

**Angelautetes Schiff.** Der Hamburger Dampfer „Vollmann“ ist an die Leichterfirma Johansen in Lübeck verkauft worden. Das Schiff soll im Lau des Schlepptampfers „Nicolau“ nach Lauenburg und von dort durch den Elbe-Travelkanal nach seinem Bestimmungsort gebracht werden.

**Kohlenentladung.** Aus England brachte der Dampfer „Dartmore“ am Dienstag eine Kohlenladung für die Firma Dietel nach hier. Weiter wird demnächst eine 2000 Tonnen große Kohlenladung für die Firma Bernhöft und Wilsbecker erwartet, die am Lager beim Einfrieder entlastet werden soll.

**Neues Stadttheater.** Man schreibt uns: Morgen Freitag kommt außerhalb des Festivals Abonnement der Operetten-Schlager „Der sündige Bauer“ nochmals zur Aufführung. Am Sonnabend gelangt Rossinis komische Oper „Der Barbier von Sevilla“ und hierauf die Ballett-Parodie „Wilton nach dem Ball“ von Prinz Joachim Albrecht von Preußen zur Wiederholung. — In Vorbereitung befindet sich die Schauspiel-Parodie „Strandkinder“ von Sudermann.

**Stadttheater.** Man schreibt uns: Morgen am Freitag, abends 8 Uhr, findet, wie bereits bekannt, ein nochmaliges Gastspiel der Tournee „Die ersten Menschen“, erotisches Mythenstück von Otto von Guericke, statt, und zwar in derselben erstklassigen Besetzung wie das erstmalig durch folgende Künstler: Clara Kubitow, Alexander Kottmann, Bernhard Aldor und Bernhard Wenthaus.

**Zur Erwerbung des Bürgerrechts** sind folgende Papiere erforderlich:

- 1) Geburtsurkunde des Antragstellers. (Diese ist nicht erforderlich, wenn derselbe in Lübeck geboren ist.)
- 2) Staatsangehörigkeits-Ausweis.
- 3) Militär-Papier.
- 4) Anmeldebchein. (Aus demselben muß hervorgehen, seit wann der Antragsteller in Lübeck ist. Eventuell (bei Gewerbetreibenden oder selbständigen Handwerfern):
- 5) Gewerbe-Anmeldebchein.
- 6) Innungsmittelschein.
- 7) Eheliche Urkunde oder statt deren: Trauschein und Geburtsurkunden der minderjährigen Kinder.
- 8) Geburtsurkunde der Ehefrau.

Die Vorlage der unter 7 und 8 genannten Urkunden ist ebenfalls nicht erforderlich, wenn der Antragsteller vor dem hiesigen Standesamte die Ehe geschlossen hat und wenn die Kinder hier geboren sind. In diesem Falle hat der Antragsteller ein beim Stadt- und Landamt gratis erhältlich Formular auszufüllen.

Die hiesige Staatsangehörigkeit kann zugleich mit dem Bürgerrecht erworben werden; die erforderlichen Papiere sind die gleichen.

Bürger kann jeder volljährige männliche Angehörige des läbeckischen Staates werden, der mindestens in fünf einander folgenden Jahren seinen Wohnsitz in Lübeck gehabt und alljährlich mindestens soviel an Steuer bezahlt hat, als der niedrigste Satz für ein steuerpflichtiges Einkommen beträgt.

Der Antrag ist beim Stadt- und Landamt, Mühlenstraße, 1. Etage, Zimmer Nr. 8, Werktag in der Zeit von 9-1 Uhr zu stellen.

Die Erwerbung des Bürgerrechts und der Staatsangehörigkeit ist kostenlos. Für das Nachschlagen verschiedener Register wird eine Gebühr berechnet.

Vom Steuerbureau ist eine Bescheinigung darüber beizubringen, daß für fünf Jahre Steuern bezahlt worden sind.

Wer bei der Beschaffung seiner Papiere oder in anderen Fragen irgendwelche Hilfe oder Auskunft wünscht, der wende sich an das Arbeiterssekretariat, Johannisstraße 43, wo ihm solche kostenlos zuteil wird.

**Schwartz.** Die Sprechstunde des Arbeiterssekretariats findet morgen, am Freitag, dem 11. Februar, abends von 5 bis 8 Uhr im Lokale des Herrn Finckert, „Gasthof Transvaal“, statt.

**w. Müll.** Achtung, Parteigenossen! Wegen der am Sonntag nachmittag stattfindenden Protestversammlung fällt die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins aus, dieselbe findet am Sonntag, 20. Februar, nachmittags 5 Uhr statt. — Die Wahlrechtsvorlage der preussischen Regierung ist ein Hohn auf die Forderungen des preussischen Volkes und es muß den Wählhabern in Preußen klar gemacht werden, daß das preussische Volk nicht gewillt ist, eine solche Mißgeburt von Reform Gesetz werden zu lassen. Jeder Parteigenosse muß es sich zur Ehrenpflicht machen, selbst in der Versammlung zu erscheinen und für einen Massenbesuch zu sorgen. Jeder tue seine Schuldigkeit. Wieder mit dieser Wahlreform!

**Sauburger.** Der beleidigte Raubmörder. Der Raubmörder Postle, der die Wandleherin Merkl in der Poststraße ermordete und beraubte, macht noch kurz vor seiner Verurteilung wegen Mordes, wobei ihm natürlich sämtliche Ehrenrechte entzogen werden, von sich reden, und zwar tritt er am 19. Februar in Altona in einem Verteidigungsprozess auf. Er ist nämlich von einem Detektiv, der ihn im Auftrag einer hiesigen Firma, bei der Postle Unterschlagungen begangen hatte, bewachte, Lügner und Betrüger genannt worden. Postle strengte nun gegen den Kriminalbeamten die Verteidigungsfrage an. Die Staatsanwaltschaft gab dem Antrage statt und erhob Anklage gegen den Detektiv. Auf diese Weise wird also der Staatsanwalt die Ehre haben, die „Ehre“ des Verbrechers, den er demnächst wegen Raubmordes verurteilen soll, vorher noch einmal „warm“ zu verteilen. So ungewöhnlich wie es scheint, ist übrigens dieser Vorgang nicht. Man denke nur an die Eulenburgprozedur. Auch sonst ist — besonders in politischen Prozessen — oft genug die „Ehre“ verbrecherischer Menschen durch die Staatsanwaltschaft im „öffentlichen Interesse“ verteidigt worden. — Über den Riesengewinn der Hamburg-Amerika-Linie bzw. dessen Verteilung finden wir folgende Mitteilungen: Der vorläufige Abschluß der Gesellschaft für das Jahr 1909 ergibt einen Betriebsgewinn auf Grund der noch nicht endgültig festgestellten Ziffern von rund 32 Millionen Mark; der Betriebsgewinn betrug im Vorjahre 15,8 Millionen Mark, im Jahre 1907 27,3 Millionen Mark. Nach Abzug der Prioritätszinsen dürfte ein Betrag von etwa 29 Millionen Mark verfügbar bleiben, aus welchem die Verwaltung vorschlägt, eine Dividende von sechs Prozent zu bezahlen und ferner dem Affekuranzfonds den statutenmäßigen Anteil am Überschuss der Prämien-gelder mit etwa 1,7 Millionen Mark zu überweisen. Es verbleibt dann eine Summe von rund 20 Millionen Mark, die zu Abschreibungen von den Schiffen und anderem Eigentum der Gesellschaft sowie zur Verärgerung der Reserven verwandt wird. Die Gesellschaft hat für das verfloßene Jahr die entstandenen Affekuranzschäden von den erzielten Prämienüberschüssen im vorweg abgezogen, und nicht, wie es sonst üblich gewesen ist, diese Schäden durch Entnahmen aus dem Affekuranzkonto gedeckt. Das Affekuranzkonto erreicht dadurch eine Höhe von ca. 16 Millionen Mark gegen 14,8 Millionen Mark im Vorjahre. Die flüssigen Mittel der Gesellschaft betragen am 31. Dezember 1909 rund 34 Millionen Mark gegen rund 18 Millionen Mark im Vor-

jahre. Auch das Konto der „Pendenden Reisen“ dürfte sich um etwa 3 Millionen Mark erhöhen. — Pathe & Co. schließt!

**Reinmischer.** Grobfeuer. Dienstag wurde am späten Abend in Husberg der große landwirtschaftliche Besitz der Witwe Pfaffenreuther zerstört. Der Brand kam dadurch zum Ausbruch, daß der Haushund im Viehhause eine brennende Lampe vom Tisch ließ. Das Großvieh wurde gerettet, die Ernte und das Wirtschaftsinventar sowie alle Gebäude sind vernichtet. Ebenso ist auch das Kleinvieh mit verbrannt.

**Schwerin.** Aus dem Landarbeiterleben. Der 18jährige Knecht Joh. Witschahn aus Schwerin war vorlages Jahr bei dem Erbpächter Kewser in Kraak in Dienst. Am 18. September erhielt er morgens von dem 18jährigen Sohn des K. den Auftrag, Wasser für die Pferde zu holen. W. erwiderte darauf, K. habe ihm nichts zu sagen. Als er dann den Auftrag trotzdem ausführte, wurde er von Kestler senior wegen der Weigerung zur Rede gestellt. Auf seine Gegenrede bekam er dann von K. einen oder mehrere Schläge mit der Hand an den Kopf, so daß seine Mütze in den Brunnen fiel. Darauf verweigerte W. die Arbeit, verlangte seinen Lohn und die Papiere. Auf die Anzeige des K. hat P. dann eine Strafvorschrift über 10 Mark erhalten. Das Schöffengericht in Hagenow hat den Strafbefehl aufrechterhalten, allerdings die Strafe auf 8 Mark herabgesetzt. Wegen dieses Urteils hatte P. Berufung eingelegt, er beruft sich unwillkürlich darauf, daß K. ihm beim Dienstantritt gesagt habe, sein Sohn hätte ihm nichts zu sagen. Der Verteidiger machte geltend, daß nach einer Entscheidung des Reichsgerichts dem Dienstherrn ein Bückungsrecht nicht zusteht. Der Angeklagte hatte deshalb ein Recht, den Dienst zu verlassen. Das Gericht sprach den Angeklagten frei und billigte ihm auch Ersatz der baren Auslagen zu. Dadurch, daß das Schöffengericht Hagenow den dem Mißhandelten übermittelten Strafbefehl teilweise bestätigte, ist es unter diejenigen Gerichte gekommen, deren Urteile bekannt zu werden verdienen als bleibende Zeugnisse mecklenburgischer Zustände!

**Oldenburg.** Hochwasser. Infolge starker Schneeschmelze hat die Hunte einen außerordentlich hohen Wasserstand erreicht und ebenso die übrigen kleineren Flußläufe. In dem Nachbarrort Everten hat die Überschwemmung bedrohliche Dimensionen angenommen. Ein Haus steht bereits zur Hälfte unter Wasser. Ein anderes ist vollständig vom Wasser eingeschlossen. Auch von anderen Orten laufen Meldungen über Hochwasser ein.

**Lüneburg.** Begnadigter Doppelmörder. Der Gutbesitzer Baucke, der in der Nacht zum 24. Juni seine Ehefrau und deren Schwester getötet hatte und deshalb vom hiesigen Landgericht nach zweitägiger Verhandlung am 23. Oktober zweimal zum Tode verurteilt worden war, ist auf sein Gnadengesuch hin zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt worden.

## Oldenburger Landtag.

h. Der Landtag trat am Dienstag, 8. Februar, nach längerer Ferienpause wieder zusammen und hielt sofort eine Plenarsitzung ab zur Beschlußfassung über einen Gesetzentwurf zur Reform der Brandkasse für das Herzogtum Oldenburg. Hier besteht eine staatliche Brandkasse seit dem Jahre 1764, die auf Gegenseitigkeit beruht, ohne eine Klassifizierung der Beiträge nach den Risiken. Das Amt Jever ist mit dem Amt Rüstringen von dieser Zwangsversicherung ausgeschlossen, dort besteht eine Brandkasse auf Gegenseitigkeit seit 1794, während die Gebäude im Amt Rüstringen privatversichert sind. Das neue Gesetz will die Vorrechte der Jeverer und Rüstringer erhalten, im übrigen die staatliche Zwangsversicherung beibehalten und teilweise eine Klassifizierung einführen. Gleichzeitig sieht der Entwurf die Mitwirkung eines Interessenaussschusses bei der Verwaltung vor.

In der Debatte kamen die Gegensätze zwischen den städtischen Versicherungen und den ländlichen scharf zum Ausdruck. Die städtischen Grundbesitzer sind bisher bei dem Einheitsatz erheblich belastet worden; besonders trifft dies auf die Stadt Oldenburg und Delmenhorst zu. Mit Recht wird deshalb die Klassifizierung der Risiken angestrebt. Die Agrarier betrachten die Brandkasse nicht nur als eine Wohlfahrtsanstalt, sondern möchten daraus eine Wohlfahrtsanstalt zugunsten der größeren ländlichen Grundbesitzer machen und die Klassifizierung ablehnen oder doch nur in milderer Form einführen. Die sozialdemokratischen Abgeordneten sind für den staatlichen Zwang, jedoch für die Einbeziehung der Jeverer und Rüstringer nur für den Fall, daß die Klassifizierung der Risiken durchgeführt wird. Die Debatte über die Streitfragen geht am Mittwoch noch fort. Schließlich wird der § 1 des Gesetzes, welcher die staatliche Versicherung mit Beitragszwang einschließt der Jeverer und Rüstringer vorzieht, mit 22 gegen 16 Stimmen bei mehreren Stimmenthaltungen angenommen. Die Beratung ist auch Mittwoch noch nicht erschöpft.

## Handels- und Markt Nachrichten.

**Lübecker Marktpreise vom 9. Februar.**  
Bauern-Butter Pfd. 1,25-1,40 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,50 Mk., Hasen 3,50-4,50 Mk., Enten 3,50-4,00 Mk., Gähner 2,30-2,50 Mk., Küken Stk. — — Mk., Tauben Stk. 0,55-0,65 Pf., Gänse Pfd. — 0,88 Mk., Ferkel 2 Mk., Schinken Pfd. 0,95-1,05 Mk., Schweinskopf Pfd. 55-60 Pfg., Wurst Pfd. 1,20-1,40 Mk., Eier 6 Stück 80 Pfg., Kerne 4 St. 10 Pfg., Dorfche genüg., Süßwasserfische genüg., Karopen Pfd. — 1,00 Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1-2 Mk., Schleie Pfd. 1,40-1,60 Mk., Brachsen — Pfg., Sechse Pfd. 70-80 Pf., Barche Pfd. 70-80 Pfg., Nal Pfd. 1,00 Mk., Karantischen Pfd. — Pfg., Gemüse genüg., Blumenkohl d. Kopf 0,20-0,40 Mk., Kohl 100 Pfd. — Mk., Gurken 100 Pfd. — Mk., Zwiebeln, hiesige, Pfd. — Mk., Pfeffer verschiedene pr. 100 Pfd. — — Mk., Pfannen, pr. 100 Pfd. — — Mk., Kirichen Pfd. — Pfg., Kartoffeln pr. 10 Pfd. 45-65 Pfg., Mand Pfd. — Pfg.

**Getreidepreise.** 9. Februar.  
Weizen 116-128 Pfd. holl. 185-210 Mk., Roggen 112-122 Pfd., neuer holl. 185-160, Gerste, nach Qualität 135-150 Mk., Hafer, nach Qualität, alter 135-160 Mk., hochfein über Notiz, per 1000 Kilo.

**Butter-Notierungen**  
d. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein  
Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.  
Samburg, 9. Februar.  
1. Klasse 249 Drittel zu 139,19 Mk. im Durchschnitt.  
2. „ 22 „ 134,30 Mk.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Ludwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellingsma. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Neuer & Co. Sämtlich in Lübeck.



Wittchen morgen 11 1/2 Uhr nach langem schweren Leiden mein lieber Mann, der Bauarbeiter **Heinrich Groth** im 53. Lebensjahre, tief betrauert von mir, meinen Kindern u. allen, die ihm nahe standen.

**Louise Groth**, geb. Frahm.  
Die Beerdigung findet am Sonntag nachm. 2 1/4 Uhr von der Kapelle des Wirt. Friedhofs aus statt.

Zu vermieten zu sofort, 1. März und 1. April: Mehrere Wohnungen an ordentl. Leute. Auch Gartenland ist auf dem Grundstück zu verpachten. Näheres bei **Schneppel**, Wasserweg 2 (Mühlentor).

Freundliche Dreizimmerwohnung mit Keller und Boden 190 Wfl. **Wassergasse 44a, pt. rechts.**

Zu verm. zum 1. April mehrere gr. helle abgeschl. Dreizim.-Wohn. mit sämtlichem Zubehör. Preis 280 Wfl. **Voigtstr. 19.** Näheres **H. Vernimb**, Buchstr. 2.

**Damen-Maschen-Anzüge**  
sowie 1 Herren- u. Mädchen-Anzug (Schornsteinfeger) zu verm.  
**Frau Holst**, Nicolaistraße 8.  
Mehrere Damen-Maschenanzüge billig zu verm. **Dröben, III. 1.**  
Damen-Maschenanzüge zu verm. **Wasserstraße 43.**

**Schuhmacher gesucht.**  
**Bernhard**, Sünderdamm 10.  
Zu verk. Vertikal, Küchenstr. u. Küchentlich. **Wittendamm 46.**

**Die Arbeiter-Garderoben**  
aus dem Spezial-Geschäft von **Lübeck Otto Albers** Kohlm. Markt 4 10  
sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige Preise. U. a.:

Leberhosen	2.20-6.45
Waurerhosen	2.60-6.75
Schlosserhosen	1.88-3.25
Aberziehhosen	1.08-2.35
Zwirnhosen	1.68-3.25

Leinene Jacken, schräge u. gerade, 1.28, Kasen, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken, Wästermäntel erkauftlich billig. Mägen von 30 Wfl. bis 1.88 Wfl. **Note Lubecam.**

**Rasier- und Friseur-Salon**  
Aufmerksame u. saubere Bedienung.  
**G. Koch**, Friseur, Mühlentstraße 5.

# „Bilder aus Lübecks Vergangenheit“

Zusammengestellt von

## Theodor Schwartz.

Aus dem Inhalt des 639 Seiten umfassenden Werkes heben wir das Nachstehende hervor:

Das „wendische“ („Alt“) - Lübeck an der Schwartau. — Das „welfische“ Lübeck. — Das „kaiserliche“ Lübeck. — Das „reichsfreie“ Lübeck. — Das „hansische“ Lübeck. — Die ersten bürgerlichen Unruhen in Lübeck. — Der grosse nordische Krieg. — Jürgen Wullenwever. — Lübecks letzter hansischer Krieg. — Die Reiser'schen Unruhen. — Der grosse Bürger-Rezess von 1669. — Gotteslästerungs- und Hexenprozesse in Lübeck. — Die Lübeckischen Zünfte. — Die Gesellenverbände in Lübeck. — Lübeckische Sagen und Volkspoesien. — Das kaiserlich-französische Lübeck. — Nach der Restauration. — Ueber die Zustände der inneren Stadt im vierzehnten, sechszehnten und achtzehnten Jahrhundert nebst einer Schilderung des Stadtbildes am Ende des achtzehnten Jahrhunderts.

Für den modernen Arbeiter bietet das Studium der Lübschen Geschichte eine Fülle interessantes, in der gewerkschaftlichen Agitation mit Erfolg zu verwendendes Material. Sowohl die Entwicklung des Handwerks im allgemeinen, als auch die staatsbürgerliche Stellung der Handwerker in Lübeck selbst, sowie ihr Ausschluss von der Staatsgewalt bis auf den heutigen Tag und die hieraus entstandenen bürgerlichen Unruhen, der Verfall der früher so mächtigen und im Mittelalter auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Lebens so einflussreichen Zünfte, die weitverzweigten Gesellenverbände usw. bieten zur Genüge Stoff zur Unterhaltung und Belehrung für jeden einzelnen dar.

Wie lange noch und Lübeck ist Großstadt geworden. Mit dem dann sich entwickelnden großstädtischen Leben, Hasen und Treiben wird die Kenntnis der vaterstädtischen Geschichte bald dem Gedächtniss der Zeitgenossen entschwunden sein. Die kommende Generation wird wenig oder gar nichts mehr von der wirklich großartigen Entwicklung unseres städtischen Gemeinwesens wissen, und doch ist die Kenntnis der Lübschen Geschichte gerade für diese am allernotwendigsten“ schrieb der Verfasser im Vorwort zu seinem Werke

## „Bilder aus Lübecks Vergangenheit“.

Diesem Gedanken Rechnung tragend, erklärt sich der Verlag bereit, den **Mk. 3.00** oder broschiert Ladenpreis für das in Leinwand gebundene Exemplar von **Mk. 5.00** auf **Mk. 4.00** auf **Mk. 2.00** herabzusetzen. Bestellungen werden jederzeit von unseren Kolporteurs, Zeitungs-austrägern und in der Expedition des „Lübecker Volksbote“, **Johannisstrasse 46**, entgegengenommen und prompt ausgeführt.

# Friedr. Meyer & Co.

Johannisstr. 46. Buchdruckerei und Verlag des „Lübecker Volksbote“. Johannisstr. 46.

# Aus meinem Leben

Von August Bebel.

Unser nun 70 Jahre alter Genosse Bebel hat in diesem Werke auf Wunsch vieler Parteigenossen seine Erlebnisse und Erinnerungen an die Öffentlichkeit gebracht; auch wird darin der vielen falschen Urteile und gehässigen Anklagen, mit welchen B. so oft überschüttet wurde, gedacht, um zu zeigen, wie die Wahrheitsliebe seiner Gegner zu achten ist.

Allen Parteigenossen ist dieses Werk sehr zu empfehlen. Der erste Band, welcher bereits erschienen, ist zum Preise von **Mk. 2.—** elegant gebunden oder broschiert **Mk. 1.50** erhältlich.

Der Verlag:

**J. H. W. Dietz** Nachfolger

Stuttgart.

Zu beziehen durch die

**Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.**

Johannisstrasse 46.

## Ortskrankentasse in Lübeck.

Mit dem Jahre 1909 ist die Amtsdauer der Generalversammlung Vertreter abgelaufen. Zu wählen sind:

- 186 Vertreter der Klassenmitglieder und 93 Ersahnmänner;
- 78 Vertreter der Arbeitgeber und 39 Ersahnmänner.

Zur Aufstellung eines unverbindlichen Wahlvorschlages werden die Herren Arbeitgeber sowie die Klassenmitglieder ergebens ersucht, geeignete Vertreter bis spätestens Donnerstag, den 24. Februar 1910, der Kasserverwaltung, Mengstraße 28, aufzugeben.

Beschlossen Lübeck, 8. Febr. 1910.

Der Vorstand.

## Konsumverein für Lübeck und Umgegend.

G. G. m. b. H.

## Mitglieder-Versammlung Schwartau

am Freitag, 11. Febr. 1910

abends 8 1/2 Uhr

im Gasthof „Trausvaal“, Schwartau.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes.
2. Bericht über den Erwerb eines Grundstücks in Schwartau.
3. Vortrag über Bezirkskonsumvereine.

Um zahlreichen Besuch der Mitglieder und deren Frauen bittet

Der Vorstand.

## Sterbekasse „Die Vertrauliche“ in Lübeck.

Die Verwaltungsgeschäfte liegen für das Rechnungsjahr 1910 in den Händen der Vorsteher **J. W. H. Drath** und **J. J. Vagt**.

Lübeck, den 10. Februar 1910.

Der Vorstand.

**E. Boy**, Königstr. 61, F. 1811, Marktstr. 46.  
Freitag frisch eintreffend: **Seeaachs** Wfd. 20 Wfl., **Schellfische** Wfd. 35 Wfl., **Hamburger Stint** Wfd. 10 Wfl., **große Stint** Wfd. 15 Wfl.

## Quartett-Verein „Amicitia“.

Folgende Losnummern sind mit Gewinnen gezogen:

9	34	75	85	120	135
222	228	280	281	298	320
385	406	423	436	447	460
495	542	551	562	587	607
619	639	652	665	695	703
710	717	785	800	811	840
841	932	960	963	1021	1052
1132	1143	1189	1204	1223	1230
1243	1304	1312	1338	1347	1352
1359	1398	1487	1489	1511	1526
1537	1547	1587	1614	1626	1637
1650	1669	1672	1690	1692	1714
1728	1748	1757	1775	1842	1875
1882	1888	1901	1906	1913	1933
1970	2018	2064	2081	2101	2125
2199	2250	2266	2284	2306	2340
2404	2568	2576	2581	2618	2633
2634	2668	2696	2701	2747	2752
2773	2787	2864	2895	2916	2936
2941	2943	2953	2959	2961	2999

Die Gewinne sind am Freitag, dem 11. d. Mts., von 5-8 Uhr nachmittags, im Gesellschaftshaus „Monopol“, **Johannisstr. 25**, abzuholen. Später bei Herrn **Mews**, **Wöttcherstr. 6**.

## Hansa-Theater

Nur bis 13. Februar.  
Täglich 8 1/2 Uhr.

## Münchische Schönheitsstänze

ausgeführt von **Johanna und Mara Tabu** vom Kgl. Hoftheater München und Coliseumtheater, London.  
Vorher: Das sensationelle **Spezialitätenprogramm.**  
Vorverkauf bei **Sager**.

## Verband der Fabrikarbeiter Deutschl. Zweigverein Lübeck.

**Mitglieder-Versammlung**  
am Freitag, dem 11. Februar  
abends 8 1/2 Uhr  
im „Gewerkschaftshaus“  
Johannisstrasse 50-52.

- Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
  2. Vorschläge von Vertretern zur Generalversammlung der Ortskrankentasse.
  3. Berichterstattung von der Generalversammlung.
  4. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen eruchtet **Die Ortsverwaltung.**

NB. Die Kollegen und Kolleginnen, die Mitglied der Ortskrankentasse sind, werden gebeten, recht zahlreich zu erscheinen.

## Stadthallentheater.

Freitag, 11. Febr. **Abds. 8 Uhr.**  
**Hochmaliges Gastspiel**  
der **Tournee:**  
**Die ersten Menschen.**  
Erotisches Mysterium von **Otto Horney**.  
Mitwirkende: **Clara Rabinow**, **K. K. Hofburgschauspielerin**, **Alexander Rottmann**, **Kgl. Bayer. Hofschauspieler**, **Bernhard Aldor**, **v. Schillertheater, Berlin**, **Bernh. Wenckhaus**, vom Stadttheater, **Königsberg**.  
Erhöhte Preise. Duzendk. ungültig.  
Vorverkauf der Billets täglich in den bekannten Stellen bei **Naigel**, **Markt 14**, und **Roßk.**, **Kohlmarkt 18**.  
Leztblücher von „Die ersten Menschen“ sind ebendasselbst erhältlich.

## Neues Stadttheater.

Freitag, 11. Februar. **7 1/2 Uhr.**  
**Unser Freitags-Abonnement.**  
Voll-Abonnement 127.

## Der fidele Bauer.

Operette von **Leo Fall**.  
Sonabend, 12. Febr. **7 1/2 Uhr.**  
**Der Barbier von Sevilla.**  
Oper von **Rossini**.  
Hierauf: **Wison nach dem Ball.**  
Ballett-Pantomime.



## Herr v. Oldenburg und sein russischer Lehrmeister

Die unverkürzte Provoaktion des Herrn v. Oldenburg-Januschau im Deutschen Reichstag weist eine so frappante Ähnlichkeit mit den Exzessen der ehrwürdigen Pogromhelden in dem russischen Duma-Parlament auf, daß man sich unwillkürlich dieselbe Frage vorlegen muß, die Professor Delbrück jüngst aus Anlaß der wohlwollenden Haltung des preussischen Finanzministers zu den Steuerhinterziehungen der Junker in den Preussischen Jahrbüchern gestellt hat: „Leben wir in Preussen oder leben wir in Rußland?“ Trotz des Unterschiedes der historischen Entwicklung und des politischen und sozialen Milieus tritt der gemeinsame Charakter der Preußen und Rußland beherrschenden Junkerkaste, die Gemeinsamkeit ihrer Ziele und Kampfmittel in den jüngsten Ereignissen mit so greller Deutlichkeit hervor, daß man die Frage des konservativen Gelehrten und Politikers als treffende Charakteristik der preussisch-deutschen Zustände betrachten muß.

Als interessante Ergänzung zu der so deutlich hervortretenden Seelenverwandtschaft der preussischen und russischen Junker dienen die Reminiscenzen, die der frühere Gehilfe des Vorsitzenden des ehrwürdigen Pogromistenverbandes und jetziger Duma-Kandidat Purischkewitsch aus Anlaß seines vorjährigen Besuchs des deutschen Reichstages in seiner Zeitschrift „Prjamoj Putj“ veröffentlicht. Es war „ein herrlicher Sonntag“, als Herr Purischkewitsch (der damals gerade einen Leitartikel in der „Kreuzzeitung“ abgelagert hatte), den Reichstag aufsuchte und sich auf jede Weise bemühte, irgend welche Bekanntschaften zu schließen. Er wollte schon nach vielen fruchtlosen Versuchen abziehen, als sich einer der Diener seiner erbarmte und ihm seine Karte abnahm. Nach etwa 20 Schritten — so erzählt Herr Purischkewitsch — verschwand mein Virgilius hinter einer Tür und kehrte nach weniger als einer Minute in Begleitung eines stattlichen, schönen, bejahrten Mannes von militärischer Haltung zurück, der sich mir als Graf Oldenburg vorstellte. Es wäre kaum statthaft, wenn ich auf den Seiten des „Pr. Putj“ alles Schmeichelhafte aufzuführen würde, was ich wegen meiner Person von meinem neuen Bekannten vernahm. Kurz gesagt: Obgleich ich in den Reichstag an einem Tage geraten war, wo seine Fraktion äußerst angestrengt zu arbeiten hatte (es wurde wohl gerade die Finanzreform durchgepeitscht! D. Red.), genoss ich nicht nur im Verlauf einer Stunde die bezauberndste Freundschaft des Gr. Oldenburg, sondern wurde auch von ihm, nachdem ich auf der Tribüne einen Platz unmittelbar neben der Loge des deutschen Kaisers angewiesen erhalten hatte, in alle Einzelheiten der Arbeiten des Reichstages, und der Gruppierung und Zusammenfassung der Parteien eingeweiht. Nachdem Gr. Oldenburg mich noch mit einigen seiner Fraktionskollegen (v. Treuenfels, Graf Finck v. Finkenstein und einigen anderen Herren, deren Namen ich vergessen habe) bekannt gemacht, verließ er mich und stieg zu seinem Platz in den Saal hinab.

Es ist kaum anzunehmen, daß Purischkewitsch, der mit der „Kreuzzeitung“ in so intimen Beziehungen steht, ein falsches Bild von seiner Begegnung mit Herrn v. Oldenburg (den er beharrlich „Graf“ tituliert) gegeben hat.

Unerwartet wird Herr v. Oldenburg kaum unbekannt gewesen sein, daß er eine der würdigsten Gestalten aus der Mördergarde des Zaren vor sich hatte, einen

Mann, der jahrelang im Verein mit Dr. Dubrowin die Tätigkeit des Pogromistenverbandes geleitet hat, und mit schuldig ist an dessen Verbrechen und Schandthaten, einen Mann, der mehrfach wegen Beschimpfungen der Duma von den Sitzungen ausgeschlossen wurde und allgemein, selbst in der dritten Duma als Schandfleck angesehen wird. Aber freilich — für Herrn v. Oldenburg und seine Fraktionskollegen war er der konsequente Verteidiger des „monarchistischen Prinzips und der Unantastbarkeit der Junkerprivilegien, der grimmige Feind jeden Fortschritts und der Apologet des Staatsrechts in seiner brutalsten Form und das garantierte ihm die schmeichelhafteste Anerkennung und die „bezauberndste Freundschaft“, die Herr v. Oldenburg seinem russischen Gesinnungsgenossen entgegenbrachte.

## Fanatizierendes Christentum.

Wie die frommen Zentrumschriften im Reichstagswahlkreis Mühlheim-Gummerbach, wo in den nächsten Tagen eine Nachwahl stattzufinden hat, gegen Andersdenkende wüten, zeigen jetzt die Berichte unserer rheinischen Parteipresse. Nur die markantesten Stellen aus den Tourenberichten von der zweiten Flugblattverbreitung der sozialdemokratischen Partei seien wiedergegeben:

Aus der Gegend Altenberg-Dechen wird berichtet, daß infolge eines Mißverständnisses von den in blinder Fanatismus gehegten Bauern beinahe Flugblattverbreiter des Zentrums verhauden worden wären. Es heißt in dem Bericht:

„Als die katholische Kirche ausging, standen in Wechen an der Kirchentür einige Flugblattverbreiter der Zentrums- partei und verteilten Flugblätter. Als einige Bauern in dem Flugblatt das Wort Sozialdemokratie fettgedruckt sahen, glaubten sie, sozialdemokratische Flugblattverbreiter vor sich zu haben. Im Nu fielen die Bauern über die verdutzten Verbreiter her, um sie zu verprügeln. Nur mit großer Mühe vermochten diese die wütenden Bauern zu überzeugen, daß sie Zentrumsmänner und keine Sozialdemokraten seien, und so entgingen sie noch eben dem Schicksal, von ihren eigenen Parteigenossen aus christlicher Nächstenliebe halbtotgeschlagen zu werden.“

Aus der Gegend um Wiesfeld-Kärten wird gemeldet:

„Die Stimmung ist eine sehr feindliche. Die Flugblätter wurden vielfach sofort zerrissen oder verbrannt. In Offensbach wurde wieder mit Schlägen gedroht.“

Nicht besser war es um Wipperfeld herum; von dort meldet der Bericht:

„In den meisten Fällen wurden uns die Flugblätter sofort vor unseren Augen verbrannt oder zerrissen. Wenn man uns kommen sah, wurden die Türen abgeschlossen. In vier bis fünf Höfen bot man uns Schläge an, so in Wipperfeld, Mausbach, Grinewald, Hof Wipperfeld und Kahlenberg.“

Von Olpe-Delling-Thier wird berichtet:

„Offenbar ist den Leuten von der Klerikal verboten, unsere Flugblätter zu lesen. Vielfach weigerte man sich, sie anzunehmen oder zerriss oder verbrannte sie sofort. Frauen zeigten sich dabei oft noch fanatischer als Männer und empfingen uns mit wütenden Schimpfereien. Auf einen von uns wurde im Zimmer ein Hund gehegt. In Olpe hatte mittags der Zentrumskandidat Marx eine Versammlung abgehalten und im Anschluß daran hatte eine Mitgliederversammlung des Zentrums getagt. Als wir in der betreffenden Wirtschaft erschienen und man sich klar geworden war, wer wir seien, rotteten sich die Bauernburschen um uns zusammen, uns fortgesetzt beschimpfend und provozierend. Noch auf der Straße zog uns ein Trupp von zirka 20 Mann eine Weile unter Drohungen nach. Daß es zu keinem Zusammenstoß kam, ist nur unserer Kaltblütigkeit zu danken. Vorher hatte man uns in Hollinden die Auskunft über Wege und Dittlichkeiten verweigert.“

Etwas weiter südlich, in der Gegend von Linde, ging es ähnlich zu. Der Bericht sagt darüber:

„Die Flugblätter wurden uns vielfach verbrannt. In ein Gespräch mit uns wollte man sich nicht einlassen. In Linde wurden uns die Hände nachgeschickt, uns zu verhöhnen und die Hände auf uns gehetzt. In Unterbreitenbach wurden wir mit der Kinte empfangen und aufgefordert, sofort vom Hofe zu gehen. Die christliche Nächstenliebe offenbart sich in der Gegend wunderbar.“

Von der Gegend um Hartegasse-Kapellensung wird gemeldet:

„Wir trafen eine sehr fanatische Bevölkerung. Es war offensichtlich, daß die Leute von den Wäffern gegen uns aufgehetzt waren. Die Flugblätter wurden meistens zerrissen, und wir wurden mit den üblichen Kosenamen bedacht.“

Von Dohrgaul-Frielingssdorf heißt es: „In Dohrgaul veruchte man uns zum Nach zu provozieren, wir gingen dem aber aus dem Wege. Die Flugblätter wurden teils zerrissen oder verbrannt. In Wipperfeld selbst schalt man uns Dalkunten und Epischuben. In Scheel wurden uns Siebe angeboten, Kinder ließen uns nach und riefen, der Pastor habe gesagt, wir wären „glühende Teufel“. In Frielingssdorf war es genau so.“

Von der Tour Kempershöhe-Gimbörn-Wengzhausen wird berichtet:

„Fanatische Zentrumsleute zerrissen die Flugblätter. Ein Genosse wurde von einem Förster und dessen drei Gehilfen getreten und zur Tür hinausgeworfen. Als wir anderen erschienen, ließen die beiden von ihm ab und stimmten ein wildes Geschimpfe an: Lumpen, Bagabunden usw. Bei der Rückfahrt Wilhelmstal erfuhren wir, daß man das Gerücht verbreite, wir hätten vor vier Wochen bei der ersten Verbreitung Schnapsgrößen gebettelt. Solch gemeine Verleumdungen gehören zu den Waffen der Partei für Wahrheit, Freiheit und Recht.“

Im Wipperfeld erging es den Verbreitern ähnlich. So heißt es in einem der Berichte:

„In Stoppesdorf wurde einem von uns der Hund angehegt. Als wir uns des Hundes erwehrt, wurden wir beschimpft und mit Steinen beworfen. In einem andern Orte bedrohte man uns mit einem dicken Knüttel. In Sonnenheim wurde mir das zerrissene Flugblatt ins Gesicht geworfen und ich hinausgestoßen.“

Von Kreuzberg bei Wipperfeld heißt es in dem Bericht:

„Die Flugblätter wurden teils feindselig aufgenommen, auf etlichen Stellen wurden uns Schläge angeboten. Der Wirt Koppelberg an der Wasserkuh, der Molkebesitzer ist und seine Produkte im bergischen Industriegebiet absetzt, bildete nicht einmal das Auslegen unserer Flugblätter in seiner Wirtschaft. Der Herr ist auch Vertrauensmann des Zentrums und hat dessen Wahlauftritt mit unterschrieben.“

In einem Bericht aus der Wipperfeld-ter Gegend heißt es lakonisch:

„Zerreißen, verbrennen, Schimpfworte, Drohungen, wie immer! Und zur Hölle mit mal Ohrfeigen von einer jungen Dame.“

Um den Gegensatz hervortreten zu lassen, seien einige Stellen aus den Berichten angeführt, die aus der Gegend zwischen Marienheide und Gummerbach entnommen sind, wo die Bevölkerung evangelisch und vorwiegend liberal gesinnt ist. Aus der Gegend von Müllenbach-Rod wird gemeldet:

„Die Aufnahme bei der Bevölkerung war eine freundliche.“

Ebenso heißt es in dem Bericht aus der Gegend um die Lingsel-Talsperre:

„Wir sind von der Bevölkerung gut aufgenommen worden.“

Also dort, wo der Protestantismus und Liberalismus vorherrscht, wenigstens so viel Toleranz, daß man politische Gegner nicht persönlich angreift und verunglimpft, während in der Zentrumsgegend die niedrigsten Instinkte angeflackert werden, mit roher physischer Gewalt den Gegner zu bekämpfen. Dabei liegen die Dinge so, daß die fanatisierten Bauern elend verhungern müßten ohne die Industriebevölkerung der benachbarten Städte, die von ihnen so blind un-

## Arbeiter.

Roman von Alexander L. Kielland.  
Autorisierte Übersetzung aus dem Norwegischen von Kapitän C. von Sarau.

(10. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

Die gnädige Frau trug ein hellgraues Morgenkleid und ein Spitzenhäubchen auf dem Kopf. Trotz ihrer 55 Jahre war sie eine stattliche Dame mit klugen, kalten Augen. In ihrer Jugend war sie eine gefeierte Schönheit gewesen und sie hatte eine ausgemachte Sympathie für feine Leute behalten.

Im Gesellschaftsleben war sie unterhaltend, ohne geistreich zu sein; ihr Auftreten war stattlich und doch ungezwungen; ihr Lächeln war einnehmend und würde es in noch höherem Grade gewesen sein, wenn es nicht stark an das eigentümliche Lächeln erinnert hätte, das wie eine Familienähnlichkeit alle Damen an sich haben, die ihre sechs vorderen Zähne auf fester Platte tragen.

Im Salon war auch des Hauses jüngster Sohn Alfred, der in diesen Tagen zur Hauptstadt gekommen war, nebst seinem guten Freunde Hjorth. Dieser suchte sich so tief wie möglich in einem Winkel zu verstecken, damit ihn der Bureauchef hier nicht mitten in der Geschäftszeit entdeckte. Delphin aber grüßte ihn ausnehmend freundlich.

„Nun sollen Sie, Herr Kammerherr, Ihr Urteil in der Sache abgeben.“ sagte Frau Bennechen. Alfred ist unglücklich darüber, der arme Junge, daß Papa ihn nicht in sein Ministerium nehmen will. Alfred behauptet, es sei sowohl natürlich, als auch europäisch — wie er sich ausdrückt — daß Papa ihm fortbilde; aber Sie wissen selbst, wie ängstlich mein Gatte sich hütet, der Opposition den mindesten Anlaß zur Klage zu geben und deshalb —“

„Und deshalb will er mich weit weg in die Revision senden,“ unterbrach sie Alfred, „wo ich keinen Menschen kenne, während ich mich gerade darauf gefreut hatte, bei Hjorth zu sein — aber wo in aller Welt ist Hjorth geblieben?“

Der Assistent kam nun hinter einer Fächerpalme hervor und drehte verlegen an seinem blonden Schnurrbartchen.

„Ja, es ist wirklich Unrecht gegen Alfred,“ fuhr die

Frau Minister fort, „Daniel ist immer so hart gegen ihn gewesen.“

Dann aber machte sie sich an Silbas Broben und bald hatte sie den großen Tisch mit Stücken Zeug und Mustern bedeckt. Der Kammerherr half, ihr und Silba erhielt keine Schelte.

Die jungen Herren blieben am Fenster stehen. „Hast Du jemals einen so glücklichen Zufall erlebt, Hjorth? Sie wohnt hier im Hause. Sie ist nämlich eine Verwandte von Moh — von meines Vater Woten.“

„Von Andreas dem Allmächtigen?“ bemerkte Hjorth. „Nennt Ihr ihn so? Fortrefflich! Nun, dieser allmächtige Andreas ist der Bruder ihres Vaters, der übrigens ein großer Hegelel und wegen Kontubinat bestraft ist. Hast Du sie gesehen? Ich will Dich bei ihr einführen.“

„Kannst Du sie gut dort, wo sie zu Hause ist?“

„Ja, so ziemlich —“ erwiderte Alfred und blinzelte mit den Augen.

„Du sollst sehen, es wird mit ihr gehen, wie mit dem Vater.“

„Wie?“ fragte Alfred. „Kontubinat,“ flüsterte Hjorth. Dieser Witz überwältigte die jungen Leute dermaßen, daß sie hinausgehen mußten, um sich auf der Treppe recht auslachen zu können.

Als der Bureauchef in sein Kontor kam, war es fast ein Uhr geworden. Auf seinem Tische lag ein großer Haufen neuer Sachen. Moh war im Begriff, in einigen Dokumenten zu lesen, die in einem gelben Umschlag lagen.

„Was ist das für eine Sache, Moh?“ fragte Delphin rasch.

„Sie betrifft einen Streit wegen der Berechtigung zum Bergen von Seefang dort an der Westküste und wird wohl schiedsrichterlich zu erledigen sein,“ sagte Moh, der sich viele juristische Kenntnisse angeeignet hatte und in der Geschäftssprache vollkommen zu Hause war.

Der Bureauchef aber hörte nicht weiter hin, sondern griff nach einigen angekommenen Briefen.

„Ach, tragen Sie den ganzen Haufen zu Mortensen und sagen Sie ihm, er solle ihn untersuchen und ein Urtheil ordnen.“ sagte er ungeduldig.

„Moh aber zu Mortensen kam, war dieser noch un-“

„Legen Sie es vorläufig ins Chaos,“ sagte er, ohne aufzusehen.

Das Chaos war ein Regal ganz unten am Fußboden, da unter Mortensens spezieller Administration stand.

Andreas Moh nahm den Haufen und wendete ihn so, daß die Dokumente in dem gelben Umschlag ganz unten zu liegen kamen, die Kanten des Umschlages bog er ein, so daß derselbe nicht zu sehen war, dann schob er das Ganze tief ins Chaos hinein, das schon manches andere enthielt.

Andreas Moh, der von seinem ursprünglichen Namen Batnemo die beiden ersten Silben gelassen hatte, machte die Bekanntschaft des Ministers Bennechen, als dieser noch Rat war. Moh betrieb damals einen kleinen soliden Hühnerhandel dicht an der Wohnung des Rats; er erwiderte der Familie des Rats manchen kleinen Dienst und stieg darum nach und nach so in ihrer Gunst, daß er zuletzt sowohl dem Rat als auch dessen Gattin gleich unentbehrlich war.

Als dann der Rat Minister wurde, nahm er Moh mit sich und machte ihn zum Ministerialboten, eine Stellung, die für ihn wie geschaffen war. Er schlich wie eine Kage durch alle Räume und es wahrte nicht lange, bis er mit jedem Winkel bekannt war und alle Geheimnisse und Intriquen des Ministeriums in seiner Hand hielt. Der Einfluß, den er auf den Minister selber ausübte, war geradezu unbegreiflich, und es war nur eine Stimme darüber, daß er der mächtigste Mann im ganzen Ministerium sei.

In dem großen Hause des Ministers — dem seine Frau Vermögen zugeführt hatte — war Moh die Portierwohnung eingeräumt worden. Es war allerdings eine Kellerwohnung, allein sie lag nicht tief, und wenn man die wenigen Stufen hinabstieg, fand man freundliche gemütliche Zimmer, in die das helle Tageslicht durch die hohen Fenster voll hereinfiel.

Seit Christine ins Haus gekommen war, hatte sie die mittlere Stube zum Schlafgemach erhalten. Dies brachte es mit sich, daß Onkel Andreas durch ihr Zimmer gehen mußte, um in das seinige zu gelangen. Das war nicht gerade angenehm, indessen machte sich Christine nicht allzuviel daraus. Onkel Andreas war so freundlich gegen sie, und die große hübsche Stadt brachte ihr so viele Überraschungen, daß sie die Sehnsucht nach der Heimat bald überwand.



während gehäht und verfolgt wird. Die ganze wirtschaftliche Existenz dieser Kleinbauern beruht auf Milchwirtschaft, Butterproduktion und Käsebau. Als Konsumenten dieser ihrer Erzeugnisse kommen vor allem die arbeitenden Massen in Köln, Mülheim, Solingen, Remscheid, Elberfeld-Barmen usw. in Betracht. Wie würden diese Bauern und ihre Zentrumsherrn über Terrorismus zornen, wenn die organisierte Arbeiterkraft in diesen Städten als Vergeltung für den Zentrumsterrorismus gegenüber unsern Flugblattverbreitern den Boykott dieser kleinbäuerlichen Produkte aus den stocktholischen Zentrumskreisen organisieren und propagieren würde!

## Aus der Partei.

**Nicht bestätigt.** Unter dieser Überschrift berichteten wir kürzlich, daß Genosse Schmalzer in Kaiserslautern als dritter Adjunkt nicht bestätigt worden ist. Nachträglich wird uns noch mitgeteilt, daß es sich in Wirklichkeit nicht um einen dritten Adjunkten handelt, sondern um eine Vertretung des Standesbeamten, die allerdings auch der Bestätigung durch die Regierung bedarf. Die Regierung hat die Notwendigkeit eines weiteren Standesbeamten nicht anerkannt und aus diesem Grunde die Bestätigung versagt.

**Die Generalversammlung des Kreises Hanau.** Gelnhausen, die am Sonntag tags, beschloß, für den Maifonds pro Quartal und Mittelteil 5 Bfg. zu erheben, desgleichen sollen zur Stärkung der Kreiskasse 5 Bfg. gezahlt werden. Die Genossen im Kreise haben eine umfangreiche Tätigkeit entfaltet, die auch einen verhältnismäßig guten Erfolg gezeitigt hat. Vom 1. Juli bis 31. Dezember 1909 ist die Mitgliederzahl von 5928 auf 6492 gestiegen. Am Schluß des Jahres zählte der Kreis 840 Genossinnen.

## Das Ende einer industriellen „Wohlfahrtseinrichtung“.

Die Gersheimer Flaschenfabrik vorm. Ferd. Heye in Düsseldorf machte vor Jahresfrist ihrem Personal bekannt, daß die Löhne der Glasmacher um 5 Bfg. pro Stüttenhundert, der der anderen Arbeiter um 25 Bfg. pro Schicht gekürzt würden. An Stelle dieses Lohnausfalls solle aber eine Spareinrichtung treten. Der Betrag würde den Arbeitern gepart und käme zur Hälfte mit vollendetem 50. Lebensjahre, der Rest mit vollendetem 55. Lebensjahre zur Auszahlung. Auch bei langandauernder Krankheit und Invalidität konnte die Spareinrichtung mit Zustimmung des Arbeiterrats zur Auszahlung gelangen. Diese „Spareinrichtung“ wurde den Arbeitern aufgedrängt in einer Zeit der härtesten wirtschaftlichen Krise. Wer sich nicht fügte, mußte Arbeits- und Werkwohnung verlassen. Verschiedentlich haben aus der Arbeit ausgetretene Glasarbeiter um Rückzahlung der einbehaltenen Sparbeträge geklagt. Sie wurden aber von dem Düsseldorf-Gewerbegericht abgewiesen, mit der Begründung, die Firma sei zur Lohnabhaltung nach § 117 der Gewerbeordnung berechtigt, da es sich um eine Wohlfahrtseinrichtung handle. Offenbar um das Zurechtbekommen ihrer Spareinrichtung auch von einem ordentlichen Gericht bestätigen zu lassen, veranlagte nun die Firma einen der ihr ergebenen Vorarbeiter, auf Herauszahlung seiner Sparbeträge in Höhe von 110 Mk. zu klagen. Das Gewerbegericht wies die Klage unter den bekannten Gründen ab und die Klage ging an das Landgericht. Jetzt hat nun der 6. Zivilsenat des Düsseldorf-Landgerichts in der Sache ein Urteil gefällt, das sich die Glasmillionäre nicht erträumen hatten und das eine klatschende Ohrfeige für das Düsseldorf-Gewerbegericht bedeutet. Das Landgericht hat die Firma zur Herauszahlung der Sparsumme verurteilt mit folgender Begründung:

Laut § 117 der Gewerbeordnung sind Verträge über die Verwendung des Arbeitsverdienstes zu anderen Zwecken als zur Beteiligung an Einrichtungen zur Verbesserung der Lage der Arbeiter oder ihrer Familien nichtig. Die Frage, ob in der Urkunde vom 9. Februar 1909 eine Verwendung von Arbeitsverdienst vorgelesen ist, ist zu bejahen, denn die um 5 bzw. 25 Bfg. ermäßigten Löhne sollen aus-

überdies war es ihr lieb, unter Fremden zu sein, welche nichts von der Schande wußten, die ihr Vater über sich selbst und über sie gebracht hatte. Alles, was zu der feinen Familie des Ministers gehörte, nicht ihr zu, wenn man sich im Torwege begegnete: Fräulein Hilda hatte sogar einigemal mit ihr gesprochen.

Es kam Christine so vor, als sei es gar zu viel, wenn eine so feine Dame mit ihr, die nur ein einfaches Bauernmädchen wäre, sprechen wollte. Dahingegen vermochte sie nicht genügenden Wert auf die Lebenswürdigkeit des Bruders zu legen. Sie konnte nicht daran zweifeln, daß Alfred um die Schande ihres Vaters wisse, und außerdem lag in dem vertraulichen Tone des jungen Herrn etwas, das sie beängstigte, denn er im Torwege zu ihr trat oder wohl gar hinab in die Stube kam.

Da gefiel ihr der Doktor, der älteste Sohn des Hauses, weit besser. Mit ihm hatte sie aber nur zweimal gesprochen. Als Christine ein paar Wochen in der Stadt gewesen war, erhielt sie einen Brief von Hauke:

Liebe Christine!

Die Kage hat gekammert, seit Du fort bist, und Dein Vater ebenfalls, aber er hat eine andere Weise, die meistens in übermäßigem Graben und Minieren und Foltern und Wirtshäusern besteht, sodaß es lebensgefährlich ist, in die Nähe seines Vaters zu kommen wegen umhergeworfener Steine und Rasen und Erde, die immer in der Luft umherfliegt, wie denn auch der Weg an und für sich so ist, daß mich die Menschen und das Vieh jammern, die hinüber sollen was seinen Grund darin hat, daß für die Wegekreuze kein hafter Mann aufzuspüren ist, denn der Lebensmann hat mich an den Rottenmeister gewiesen, und der Rottenmeister hat mich an den Begingieur gewiesen, der ein Kapitän ist, so daß Du selbst begreifen kannst, was das nützen wird. Er findet sich aber besser darin, so allein zu sein. Dem Vater, als ich geklagt hätte, er hat aber vier von den Kühen verkauft, was gut war, denn es war wie die Zerführung von Sodom und Gomorra in Stall und Milchammer, weil sie nicht ordentlich gemolken werden, aber Deine schwarze Kuh und die, welche er vom Pächter für den Prediger kaufte, sind noch da und milchen gut, weil er ihnen zu viel gibt, nach meinem Verstand, worauf er aber nicht harren will, sondern böse wird. Ein unruhiges Wetter haben wir gehabt, Regen und Gewitter stehen über der See, wie ich auch in den Blättern gelesen habe, daß ein heftiger Cyclon über das Atlantische Meer und durch den Kanal gefahren ist, und ein großes Christmieser Schiff, das von Kuba — oder was es Neuroc — kam, seinen Vordermast verloren hat, wonach Du fragen und mir genaue Beschreibung darüber schreiben magst. Dein Vater grüßt Dich wie auch der

mit ausgezeichneter Hochachtung unterzeichnete  
Lauritz Boldeman-Seebe.  
(Fortsetzung folgt.)

drücklich keinen Lohnausfall in sich schließen: durch Gutschrift in ein Kontobuch, das für jeden Arbeiter angelegt wird, soll dies vermieden werden. Es ist deshalb zu prüfen, ob im vorliegenden Falle die Verwendung des entzogenen Arbeitsverdienstes als eine solche Beteiligung anzusehen ist. Das ist zu verneinen. Es sind erhebliche Nachteile für den Arbeiter vorhanden, die er bei freigebliebenen Sparanlagen nicht haben würde. Vor allem folgt das aus der Bestimmung, daß bei Aufgabe der Arbeit die Auszahlung des erworbenen Anteils erst bei zurückgelegtem 50. Lebensjahre zur Hälfte, dann bei zurückgelegtem 55. Lebensjahre ganz und sonst nur im Todesfalle an die Erben erfolgt. Es kommen als weitere Nachteile der späte Verzinsungsbeginn, erst am Anfang des neuen Geschäftsjahres, und die Unmöglichkeit, eine bessere Verzinsungsmöglichkeit auszunutzen, hinzu. Es ist bei dieser Sachlage nicht zu verkennen, daß der Hauptvorteil dieser Einrichtung auf Seiten der Beklagten ist, die durch den Ausschluß der Vermögensberechtigung der Arbeiter über ihr Guthaben im Falle ihres Austritts bis zum 55. Lebensjahre die Arbeiterkraft zu einem Unterlassen der Kündigung dort beeinflusst, wo sie ohne diese Bestimmung ausgesprochen worden wäre. Denn der Austritt aus dem Arbeitsverhältnis ist immer mit einem wirtschaftlichen Nachteil für den Arbeiter verknüpft, da ihm die Verfügung über seine Ersparnisse fehlt. Erwägt man, daß das Gesetz die Beteiligung an Wohlfahrtseinrichtungen als Ausnahme von einem Verbot gestattet, daß darum ihre Gestattung nicht ausdehnen anzulegen ist, so muß hier, wo die Vorteile der Einrichtung für die Beklagte überwiegen, eine solche in der Verwendung des Arbeitsverdienstes verneint werden. Da also eine Wohlfahrtseinrichtung nicht in Betracht kommt, so steht dem Kläger die Forderung auf sein Guthaben unstrittig zu.

So das recht verständliche Urteil des Landgerichts. Das Düsseldorf-Gewerbegericht, die „Düsseldorfer Zeitung“, deren Hauptaktionär Heye ist, ist ob dieses Urteils ganz aus dem Häuschen und teilt mit, daß infolge dieses Urteils die „Spareinrichtung“ aufgehoben habe, was für die Arbeiter ein jährlicher Verlust von circa 120 000 Mark bedeute.

Die Arbeiter werden diesen angeblichen Verlust gerne verschmerzen; mit Recht aber wird ihr Verlangen nun dahin gehen, daß ihnen eine Aufbesserung ihrer Löhne mindestens um die oben erwähnten Beträge von 5 resp. 25 Bfg. zuteil wird.

## Soziales.

### Privatangestellte und Reichsversicherungsordnung.

Die Regierung hatte den Privatangestellten eine weitgehende Renten- und Hinterbliebenenversicherung versprochen. Diese Versicherung sollte noch vor der Reichsversicherungsordnung kommen. Auf eine Interpellation hin erklärte die Regierung jedoch kürzlich im Reichstage, daß diese Frage bis nach Erledigung der Reichsversicherungsordnung zurückgestellt werden muß. Die Angestellten sind darüber nun sehr enttäuscht. Die gewerkschaftlich organisierten Angestellten verlangen jetzt von der Regierung und dem Reichstage erneut, daß durch Ausbau der Invalidenversicherung und Verbesserung der in dem Entwurfe der Reichsversicherungsordnung vorgeschlagenen Hinterbliebenenversicherung den von der Arbeiterkraft und den gewerkschaftlich organisierten Angestellten für die Reform der Arbeiterversicherung aufgestellten Forderungen entsprochen wird. Die „Freie Vereinigung für soziale Versicherung der Privatangestellten“, in der sich die Gewerkschaften der Angestellten eine gemeinsame Spitze geschaffen haben, veranlaßt jetzt in allen größeren Städten öffentliche Versammlungen, die für diese Forderungen eintreten sollen. Wenn die Masse der Angestellten erkennt, daß ihre berechtigten Forderungen nur auf diesem Wege erfüllt werden können, dann würde die Regierung es nicht mehr wagen können, die Angestellten wieder und wieder auf die Zukunft zu vertrösten. Die bürgerlichen Parteien haben sich durch ihre zweideutige Haltung zu Mitschuldigen der Verschleppungsmanöver der Regierung gemacht und es der Sozialdemokratie allein überlassen, im Reichstage für die Verwirklichung der Wünsche der Angestellten in der Reichsversicherungsordnung einzutreten. Die Angestellten, die heute noch den bürgerlichen Parteien nachlaufen, können daraus wieder sehen, daß nur die Sozialdemokratie die politische Vertretung ihrer Interessen sein kann.

### Brotteuerung in Paris.

Die Pariser Gewerkschaften sehen sich gezwungen, in schärfster Weise gegen die Wäckermeister vorzugehen, die die augenblickliche Lage dazu benutzen, sich auf Kosten der ohnehin durch die Überschwemmungen so schwer betroffenen Klassen einen mühseligen Extraprofit zu sichern. Sie haben die Brotpreise auf 1,50 Frs. bis gar 4 Frs. für ein 2-Kilo-Brot erhöht. Das Pariser Gewerkschaftskomitee fordert die Bevölkerung durch Aufrufschlag auf, sich den Bedarf an Brot zu den früheren Preisen mit Gewalt zu nehmen. Die von den Gewerkschaften eingeleitete Sammlung zur Unterstützung der zahlreicheren Notleidenden hatte bisher wenig Erfolg. Am Schlusse letzter Woche waren etwa 1200 Frs. beim Pariser Gewerkschaftskomitee eingegangen.

## Gewerkschaftsbewegung.

### Verzweigung der Maurer mit den Bauhilfs-

arbeitern. Die in Leipzig tagenden Verbände der Maurer und Bauhilfsarbeiter haben gestern ihre Verzweigung in namentlicher Abstimmung — die Maurer mit 242 gegen 23, die Bauhilfsarbeiter mit 103 gegen 4 Stimmen — beschlossen.

**Starbeiterstreik in Glogau.** In Glogau befinden sich seit 14 Tagen 60 Hutarbeiter und -arbeiterinnen im Streik. Die Forderungen der Ausständigen, den Stundenlöhnen und den auf Stücklohn arbeitenden Hutnäherinnen eine Lohnzulage zu bewilligen, lehnt die Firma W. Kiedel nicht nur ab, sondern sie verweigert auch jede Verhandlung. Den Anstoß zu der Lohnbewegung gab ein von der Firma unternommener Abzug für 2 Stunden Lohn, die seit 1. Jan. 1910 Sonnabends weniger gearbeitet werden. Die mit 20, 22 und 25 Bfg. pro Stunde entlohten Hutarbeiter und die mit 12—15 Bfg. pro Stunde entlohten Näherinnen begehren dieser Lohnaufzettel mit der Forderung um 10 bis 20 Prozent Lohnhöhung. Geübte Streikbrecher, auf die die Firma stark rechnet, haben sich jetzt noch nicht gefunden. Wird Zugang ferngehalten, namentlich von geübten Hutarbeitern, dann muß der Fabrikant zu einer besseren Eintracht kommen. Die Auszahlung des Restlohnes an die Streikenden erfolgte übrigens — echt schließend — in Gegenwart von 2 behelmten Schützengeln.

**Zur drohenden Ausperrung im Steindruckergewerbe.** Die bereits am Sonntag angekündigte Ausperrung im Steindruckergewerbe hat zunächst in den Städten Fürth, Nürnberg, München, Würzburg und Gießenburg zu Kundigungen der Steindrucker, Lithographen und des Hilfspersonals geführt. Die Kundigungen, die zunächst in dem dem Schugverband deutscher Stein-

druckereibesitzer angehörenden Firmen ausgesprochen wurden, hat alle organisierten Gehilfen und das Hilfspersonal betroffen. In München haben daraufhin nicht nur die organisierten Arbeiter, sondern auch die unorganisierten gekündigt. Die Kundigungen laufen in 14 Tagen ab, es dürften an diesem Tage etwa 1500 Gehilfen, dazu das Hilfspersonal ausständig sein. In der Bewegung sind auch Buchbinder beteiligt. Die Kündigung der Gehilfen und Hilfsarbeiter im übrigen Deutschland soll am 11. und 12. Februar dann erfolgen, wenn bis dahin die Differenzen in München und Nürnberg nicht beigelegt sind. Die Bewegung im Münchener Lithographie- und Steindruckergewerbe hat eine ganz eigenartige Vorgeschichte. Vor einigen Monaten ließen einige, dem Arbeitgeberverbande angehörige Chefs der größeren Firmen den beteiligten Arbeiterorganisationen (Lithographen und Steindrucker, Buchbinder, Hilfsarbeiterverband) die vertrauliche Mitteilung zugehen, daß sie bereit seien, mit den Arbeiterverbänden hinter dem Rücken der schartmacherischen Vertikaler Zentralleitung des Schugverbandes einen mehrjährigen Tarifvertrag abzuschließen. Es wurde ausdrücklich ersucht, die Arbeiterverbände möchten eine Tarifvorlage anarbeiten und sie den dem Schugverband angehörigen Firmen unterbreiten. Das geschah auch. Einige kleinere Schugverbandesfirmen sollen nun ihrer Vertikaler Verbandesleitung die Sache verraten haben. Diese greift sofort ein, und sie muß das mit solcher Energie getan haben, daß es ihr gelang, den Abschluß eines Tarifvertrages zu hintertreiben. Welche terroristischen Mittel die Vertikaler Schartmacher anwandten, ist nicht bekannt. Tatsache ist aber, daß eine der größten Firmen der Branche noch jetzt zu einem Vertragsabschluß bereit wäre, wenn sie von der Leitung der Schartmacherorganisation die Genehmigung erhielte. Wie von bürgerlichen Blättern verbreitete Behauptung, der Vertragsentwurf der Arbeiterorganisationen enthalte Forderungen, bei deren Genehmigung die Konkurrenzfähigkeit des Steindruckergewerbes als Exportgewerbe in Frage gestellt werde, ist eine Unwahrheit.

### II. Verbandstag der Maurer Deutschlands.

Am Montag trat im Volkshaus in Leipzig der Verbandstag der Maurer zusammen. Er ist von 267 Delegierten, Vorstandsmitgliedern und Gaubeamten besucht. Der Zimmererverband hat die Genossen Schrader und Laue, der Verband der Isolierer und Steinholzleger die Genossen Lange und Prente als Vertreter gesandt. Auch die Bruderorganisationen Frankreichs, Italiens, Österreichs, der Schweiz, Belgiens und Hollands sind vertreten. Vom Leipziger Volkskomitee begrüßte Busch die Delegierten. Darauf eröffnet Bömeltburg den Verbandstag, er wünscht, daß er Taten vollbringen möge, die ihm einen würdigen Platz in der Arbeiterbewegung einräumen. Zu Vorsitzenden des Verbandstages werden Bömeltburg, Hamburg, Jacob-Lepzig und Silberstein, Berlin und außerdem 6 Schriftführer gewählt. Für die Beratung des Statuts für den neu zu bildenden Bauarbeiterverband soll eine Kommission von 20 Mann eingesetzt werden, für die die Maurer 10 Mann zu wählen haben. Darauf erstattet Verbandsvorsitzender Bömeltburg den Vorstandsbericht. Er gedenkt zunächst der Taten des Verbandes. Leider blieb auch der Vorstand von Sterbefällen nicht verschont, wodurch sich große Verschwendungen in ihm notwendig machten. Der Redner zeigt dann, in welcher Weise der Vorstand die Beschlüsse des letzten Verbandstages durchgeführt hat. Da sind besonders die nötigen Schritte getan, um ein Verbandshaus in Hamburg zu schaffen. Es ist für 128 000 Mk. ein Bauplatz gekauft worden. Der Bau soll in eigene Regie genommen werden. (Bravo!) Mit anderen als Maurerarbeiten sollen nur solche Unternehmer beauftragt werden, die von den fraglichen Organisationen empfohlen werden. Im Jahre 1909 sind Statistiken aufgenommen worden, um den Umfang der Arbeitslosigkeit festzustellen. Das Ergebnis ergab ein erschreckendes Bild von der Wirkung der Krise. Von den Mitgliedern des Verbandes waren im Januar 62,67 Proz., Februar 62,46 Proz., März 21,43 Proz. arbeitslos. Auch in den Sommermonaten betrug die Arbeitslosigkeit in den Großstädten immer noch ca. 20 Proz. Sie stieg dann schon im November auf 23,11 Proz. und im Dezember auf 29,08 Prozent. Für die begeisterten Anhänger einer Arbeitslosenunterstützung sind diese Zahlen nicht verlockend. Es würde sich hier um ganz ungeheure Summen handeln. Die Krise hat natürlich auch auf den Mitgliederstand eingewirkt. In den Jahren 1904 bis 1906 betrug der Mitgliederzuwachs je 27 000, im Jahre 1907 aber bloß 9 000, so daß damit der höchste Stand von 192 000 Mitgliedern erreicht wurde. 1908 ging es aber wieder abwärts. Daß an diesem Rückgang nur die Krise schuld war, zeigt sich daran, daß die Mitgliederzahl dort stabil blieb, wo die Krise geringen Einfluß hatte. Im Jahre 1909 ist es dann allgemein aufwärts gegangen, und so kann jetzt gelagt werden, daß der Verband die Krise gut überstanden hat. Noch 1908 hatte er einen Kassenüberschuß von einer Million Mark, der allerdings 1909 wegen der gewaltigen Kämpfe auf 450 000 Mk. zurückging. In den Einnahmen zeigt sich vor allem schon ein um 12 000 Mk. höheres Eintrittsgeld im Jahre 1909 gegen 1908. Das beweist das starke Anwachsen der Mitgliederzahl im letzten Jahre. Auch die Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen erhöhten sich um 136 000 Mk. Für Streiks wurden 972 000 Mk. ausgegeben. Die Krankenunterstützung erforderte große Ausgaben; sie stiegen von 81 Bfg. im Jahre 1904 auf 2,29 Mk. 1908 und 2,27 Mk. 1909 für das Mitglied, und im ganzen wurden dafür in den beiden letzten Jahren je 406 000 Mk. ausgegeben. Lohnbewegungen wurden 1909 429 geführt, die 4759 Unternehmer und 524 434 Geiellen betrafen. Lohnhöhung wurde für 89 987 Personen, Arbeitszeitverkürzung für 4451 Personen erzielt. 214 Tarifverträge wurden abgeschlossen. Die Kollegen Marks-Hamburg und Daehne-Berlin geben dann den Bericht der Revisoren und des Ausschusses; sie sind mehr innerer Natur. Den Bericht der Redaktion des Grundsteins gibt W. in n i g - Hamburg. Darauf wurde in die Debatte über den Vorstandsbericht eingetreten, die den ganzen ersten Verhandlungstag in Anspruch nahm. Von mehreren Rednern wurde gerügt, daß Calwer noch immer Mitarbeiter des „Grundsteins“ sei. Vom Vorstand wurde demgegenüber darauf verwiesen, daß Calwer das Gebiet des Wirtschaftens beherrsche. Das aber sei doch die Hauptsache.

Am zweiten Tage nahm der Verbandstag ein Referat Bömeltburgs über „Unsere Lohnbewegung“ entgegen. Da es sich bei diesem Punkte um taktische Fragen handelt, wurde er in geschlossener Sitzung beraten. In das Referat Bömeltburgs schloß sich eine sehr ausgedehnte Debatte, die sich bis in die Abendstunden hinzog und in der frohe Kampfesstimmung zum Ausdruck kam.

Im Anschluß an den Punkt „Lohnbewegung“ wurde über die Beitragsfrage verhandelt. Ein Redner nach dem andern betonte die Notwendigkeit erhöhter Beiträge, selbst die Vertreter der Zweigvereine, die früher einen andern Standpunkt einnahmen, schwenkten unter der Wucht der Argumente und Tatsachen, die für den Antrag sprachen, um. Unter großer Begeisterung wurde der Beschluß gefaßt, den Verband in seiner Schlagfertigkeit durch Erhöhung der Beiträge um 10 Pfennig pro Woche zu stärken. Wie schon gemeldet, stimmten dafür



256, dagegen 9 Delegierte. Der erhöhte Betrag soll ab 1. März gezahlt werden.

**Der 11. Verbandstag der Bauhilfsarbeiter Deutschlands** begann ebenfalls am Montag vormittag im kleinen Saale des Leipziger Volkshauses. Anwesend sind 85 Delegierte, 15 Gauleiter, 4 Vertreter des Vorstandes und je einer des Ausschusses und der Redaktion des Bauhilfsarbeiters. Reinicke-Leipzig heißt die Delegierten namens der Leipziger Kollegen herzlich willkommen. Verbandsvorsitzender Behrendt-Hamburg hielt die Eröffnungsrede. Als Vorsitzende werden Behrendt-Hamburg, Mäkelmann-München und Fischer-Mannheim ernannt, denen 6 Schriftführer zur Seite stehen. Die vorgesehene Tagesordnung und die Geschäftsordnung werden bestätigt. Behrendt-Hamburg erteilt den Geschäftsbericht. Redner verweist auf den gedruckt vorliegenden Bericht. In diesem wird mit Freuden konstatiert, daß das vergangene Jahr einen, wenn auch noch geringen Aufschwung im Baugewerbe brachte. „Der Tiefpunkt der Krise im Baugewerbe kam — so wird in dem Bericht angeführt — mit der ersten Hälfte des Jahres 1909 als überschritten gelten. Die zweite Hälfte galt der Erholung und Wiederbelebung. Das Jahr 1910 gilt dem Aufschwung. Die Widerstandskraft der Faktoren, die auf den Aufstieg hinwirkten, ist mächtig genug, um gewaltig aufgerichtete Hindernisse beseitigen zu können.“ An Lohnbewegungen war das Berichtsjahr trotz der Tarifabschlüsse in den Jahren 1907 und 1908 sehr reich. Doch waren es in der Hauptsache nur kleine, unbedeutende Bewegungen, bei denen meistens nur eine geringe Personenzahl in Betracht kam. Tarifverträge wurden bei den Bewegungen in 65 Fällen für 9354 Personen abgeschlossen. Die an den Streik oder Aussperrungen beteiligten 19409 Personen hatten einen Verlust an Arbeitszeit von 224180 Tagen und an Arbeitslohnverlust von 1055454 Mark. Diesen stehen diese Erzeugnisse gegenüber: 42498 Personen erhielten im Jahre 1909 eine wöchentliche Lohnhöhe von zusammen 51690 Mark, und für 1502 Kollegen wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit um 4619 Stunden pro Woche erzielt.

In seinen mündlichen Ausführungen behauptet Behrendt eine Reihe mehr interner Angelegenheiten. Den Kassenericht gab Brandmohr-Hamburg. Die Abrechnung erstreckt sich nur über die ersten drei Quartale. An Mitgliederbeiträgen wurden 680397,53 Mk. eingenommen. Aus den Ausgaben seien hervorgehoben: Streikunterstützung 491826,48 Mk., Streikunterstützung an andere Branchen 17500 Mk., Maßregelungsunterstützung 9671,25 Mk., Rechtschutzunterstützung 7479,16 Mk., Reiseunterstützung 6801 Mk., Umzugunterstützung 5664,99 Mk., Krankenunterstützung 98829,78 Mk., Sterbeunterstützung 22697,80 Mk., Matitation 65252,59 Mk., für das Verbandsjahr 48265 Mk. Der Kassenbestand betrug Ende des 3. Quartals 898271,26 Mk. Den Bericht der Redaktion gab Köstke-Hamburg. Er glaubt, seine Pflicht und Schuldigkeit getan zu haben. Die Zeitung habe er im Interesse und im Geiste der modernen Arbeiterbewegung redigiert. Aus dem Bericht der Revisoren, den Stampe-Bremen erteilt, ist zu entnehmen, daß bei allen Revisionen Kasse und Bücher in bester Ordnung gefunden wurden. Stampe beantragt Entlastung für den Kassierer. Berichtshalter des Ausschusses ist Schmidt-Mann-Berlin. Den Bericht folgte eine rege Debatte.

Die Debatte über die Geschäftsberichte wurde am zweiten Tage fortgesetzt. In seinem Schlusswort hob Behrendt hervor, daß sachliche Einwendungen gegen den Geschäftsbericht nicht gemacht wurden. Er beipflichtet dann vorgebrachte Beschwerden gegen Ausschuss- und Vorstandsentscheidungen und begründet ausführlich den Standpunkt des Vorstandes. Es folgten die übrigen Schlussworte. Nach persönlichen Bemerkungen nahm der Verbandstag einstimmig den Antrag der Hamburger an, wonach Strafe und Kosten der Klage Wetters gegen Heilig auf die Hauptkasse übernommen werden. Dem Vorstand, Kassierer und Ausschuss wurden einstimmig Entlastung erteilt. Darauf ward in geschlossener Sitzung in die Beratung des Punktes „Unsere Lohnbewegung“ eingetreten. Das einleitende Referat hielt Töpfer-Hamburg. Die Beratung dieses Punktes füllt den letzten Teil des zweiten Sitzungstages aus. Als Resultat der Beratungen wurden folgende Anträge angenommen: „Vom 1. März 1910 bis die Lohnbewegung offiziell beendet ist, haben alle Mitglieder, mit Ausnahme der Arbeitslosen, doppelten Beitrag zu zahlen.“ Dieser Antrag wurde mit 100 gegen 3 Stimmen angenommen. Nachfolgender Antrag fand einstimmige Annahme: „Vom 1. März 1910 bis zur Beendigung des bevorstehenden Kampfes sind Übersreibungen von Mitgliedern anderer Organisationen, mit denen wir in keinem Kartellverhältnis stehen, zu unterlassen. Mit Beginn des Kampfes sind auch Mitglieder der Kartellorganisationen nicht mehr überzuschreiben. Diejenigen Bauhilfsarbeiter, die nach dem Kartellvertrag schon hätten Mitglieder unserer Organisation sein müssen, werden vom Tage des Beschlusses nicht mehr aufgenommen.“

**Unterstützungsrichtlinien der amerikanischen Gewerkschaften.** Der soeben erschienene Bericht des amerikanischen Bureaus für Arbeiterstatistik enthält eine lehrreiche Übersicht über das Unterstützungswesen der Arbeitervereinigungen in den Vereinigten Staaten. Ingesamt erstreckt dieser Bericht etwa 1200 Unterstützungskassen, darunter 84 Kassen der Nationalen oder Zentralverbände, die sämtlich Sterbegeld von 15 Dollar an bis zu 500 Dollar zahlen. Der am meisten übliche Satz jedoch ist 100 Dollar, der in 7 Organisationen sowohl beim Ableben eines Mitgliedes, wie dessen Ehefrau ausbezahlt wird, natürlich entsprechend der Beitragshöhe und der Dauer der Mitgliedschaft. — Nur 19 dieser Verbände zahlen eine Unterstützung in Fällen temporärer Arbeitsunfähigkeit, die zudem in nur zwei Fällen 6 Dollar übersteigt. Unterstützung bei dauernder Arbeitsunfähigkeit zahlen 22 Verbände. Altersrente zahlen bisher erst 4 Verbände, doch soll dieser Unterstützungszweig demnächst bei weiteren 5 Organisationen in Kraft treten. Nur vereinzelte Verbände zahlen Arbeitslosenunterstützung, Entschädigung bei Verlust durch Schiffbruch, von Werkzeug usw. — Verhältnismäßig ausgedehnt ist ein besonderes Unterstützungssystem noch in den lokalen Organisationen bzw. Ortsgruppen. Der genannte Bericht umfaßt 630 solcher lokalen Unterstützungskassen aus etwa 90 Bezirken, doch ist deren Zahl bedeutend höher. Wenige Kassen nur zahlen eine wöchentliche Unterstützung von 10—15 Dollar bei temporärer Arbeitsunfähigkeit, andere dagegen nur 1—2 Dollar, während viele 5 Dollar zahlen. Rund 9 Prozent der Gesamtmitglieder bezogen für durchschnittlich 27 1/2 Tage eine solche Unterstützung, die sich auf rund 80 Cent (8,30 Mk.) pro Tag belief. Die Durchschnittssumme der Sterbeunterstützung betrug in allen Verbänden je 116,88 Dollar für Mitglieder, 50 Dollar beim Tode der Ehefrau eines Mitgliedes. Im allgemeinen ist das Unterstützungswesen in den amerikanischen Gewerkschaften, abgesehen von der Sterbeunterstützung und den Unterhaltungen, die von Kassen gewährt werden, an denen auch der Unternehmer partizipiert, oder zu denen sogar der Beitritt für die Arbeiter obligatorisch ist, noch wenig entwickelt.

## Der sozialistische Parteitag in Belgien.

Aus Brüssel wird dem „Vorwärts“ geschrieben: Die seit Jahren bestehende Spaltung in der klerikalen Partei Belgiens hat sich durch die Haltung der Regierung Schollaert in der Militärfrage zu einem offenen Kriege zwischen der Fraktion der Konservativen und dem Flügel der Jungklerikalen ausgewachsen. In den Blättern der beiden Richtungen tobt seither ein heftiger, bisiger Kampf und die konservativen Führer behandeln vor der Wählerschaft und in ihren Konventikeln die Klerikalen, die für die persönliche Dienstpflicht gestimmt haben, als Verräter des Landes und vor allem an den heiligen Grundgesetzen des Katholizismus, da das demokratische Militärgesetz mit Hilfe der schlimmsten Feinde der Kirche, den Sozialisten, zustande gekommen ist. Der klerikalen Wählerschaft wird von den altklerikalen Machern geradezu der Posthott der jungklerikalen Kandidaten diktiert. Unter diesen für die klerikale Partei denkbar ungünstigsten Auspizien wird der Kampf für die Wahlen eingeleitet.

Der voraussetzliche Sturz des Klerikalismus und die eventuelle Erhebung der Liberalen zur Regierungspartei hat in der belgischen Sozialdemokratie eine Diskussion über die Frage einer Blockpolitik bezw. die Teilnahme der Sozialisten an der Regierungsmacht hervorgezufen. Voreist war es der Abgeordnete Vertrand, der im Beipflicht die Frage anschnitt und sie dort mit den bekannten Argumenten von der Notwendigkeit der „positiven Arbeit“ befahte. Die Frage der Blockpolitik hat im Oktober in vier Sitzungen den Generalrat der belgischen Partei beschäftigt, ohne daß es dort zu einem abschließenden Ergebnis gekommen wäre. Die interessante und bewegte Debatte hat alle Schattierungen von Gegnern und Befürwortern der Blockpolitik und des Ministerialismus zutage gefördert, von dem jede Teilnahme und Mitarbeit an einer liberalen Regierung ablehnen die Vrouckere bis zu Troolet, dem in seiner Schwärmerie für den Ministerialismus das Argument unterließ, daß die alleinige Ausübung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse für diese heute eine Gefahr wäre. Von jenen, die wie Vertrand und Ansele für die Blockpolitik mit allen Konsequenzen eintraten, wurde betont, daß eine Analogie mit französischen Verhältnissen unzutreffend sei, da in Belgien sich jede Art von Mitarbeit unter der Kontrolle der Partei vollziehen würde. Viele, die zwar für die Blockpolitik waren, haben sich, wie der Deputierte Smets, gegen jede Beteiligung an der Regierung ausgesprochen. Andere erklärten die Frage entweder für noch nicht reif, wie übrigens auch Vandervelde, oder für inopportun vor den Wahlen. Dem Hinweis auf die Amsterdamer Resolution, auf die sich die Gegner des Ministerialismus beriefen, wurde von Vertrand entgegnet, daß einem internationalen Kongress auf eine solche Frage der Taktik kein Beschlußrecht zustehe.

Der Generalrat hat die ihm vorgelegten Resolutionen den Föderationen zur Diskussion und Abstimmung überwiesen. Die Presse hat nur wenig Resultate veröffentlicht. Die im Dezember in der Brüsseler Föderation vorgenommenen Abstimmungen ergab die Annahme der Resolution Vrouckere, die sich auf den Amsterdamer Beschluß beruft und die Beteiligung an der Regierung wie die systematische Unterstützung einer solchen verwirft. Der vorkingliche Vorort Wolvenbeek sprach sich in einer Resolution gleichfalls gegen die Beteiligung der Sozialisten an einer liberalen Regierung aus. Der größte der Brüsseler Vororte, Schaerbeek, hat sich in einem Referendum für die die Aufhebung des Verbands widerspiegelnde Resolution erklärt. Der Arbeiterbeirat Anderlecht stimmte für die Resolution de Vrouckere, wogegen sich die Ligue ouvrière von Brüssel für die Resolution Vandervelde entschied, die auspricht, daß die Arbeiterpartei nach dem Siege der Oppositionsparteien ihre volle Aktionsfreiheit behalten und ihre Politik nach wie vor auf dem Prinzip des Klassenkampfes basieren werde. Die Haltung des Proletariats gegenüber der neuen Regierung werde davon abhängig sein, wie sich diese gegenüber den politischen und sozialen Forderungen der Arbeiterklasse stellen werde.

Auch der am Sonntag in Brüssel eröffnete sozialistische Parteitag hat die Frage der Teilnahme an der Regierung als ersten Punkt behandelt. Nach einer äußerst bewegten Debatte wurde die von sämtlichen Deputierten unterzeichnete sogenannte Resolution Vandervelde mit ungeheurer Majorität angenommen. Der erste Teil der Resolution, über die allgemeine Politik der Partei, lautet:

„In Erwägung, daß die Arbeiterpartei, ohne die Interessen zu kompromittieren, deren Wächterin sie ist, weder ihre systematische Unterstützung einer Bourgeoisregierung leihen, noch sich im vorhinem verpflichten kann, die Existenz einer Regierung unwidriglich zu machen, die entschlossen ist, wichtige, von der Arbeiterschaft geforderte demokratische Reformen durchzuführen, erklärt der Kongress:

1. daß die belgischen Arbeiter das höchste Interesse daran haben, daß die klerikale Majorität gestürzt werde und daß keine bürgerliche Partei für sich allein die Majorität im Parlament habe;

2. daß die Arbeiterklasse vor den Gefahren einer Politik, die unter dem Vorwand des Blocks oder der antiklerikalen Koalition die Unabhängigkeit der Arbeiterklasse antasten würde und

3. daß die Aufmerksamkeit der Kämpfer auf die Notwendigkeit, nach dem Sieg der oppositionellen Parteien unter allen Umständen dafür zu sorgen, daß die Arbeiterpartei ihre volle und gänzliche Aktionsfreiheit behält, daß ihre Politik bleibe, was sie immer war: eine Klassenpolitik; daß ihre Haltung gegenüber jeder kommenden Regierung einzig von dem höchsten Interesse für das Proletariat geleitet sein und insbesondere von der Stellung abhängen muß, welche die Regierung in bezug auf das allgemeine Wohlfahrt und die anderen politischen und sozialen Reformen, welche die Arbeiterklasse anstrebt, einnehmen wird.“

Der zweite Teil behandelt die Frage der Beteiligung der Sozialisten an einer liberalen Regierung und lautet:

„In Anbetracht der Resolutionen der internationalen Kongresse von Paris und Amsterdam erklärt der Kongress: 1. daß er entsprechend den Entscheidungen der Kongresse die individuelle Teilnahme bestimmter Sozialisten an irgend welchem Ministerium ohne die Zustimmung der Partei entschieden verurteilt. Zuwiderhandelnde Genossen würden sich durch den Eintritt in die Regierung als aus der Partei und der Internationale ausgeschlossen zu betrachten haben.

2. daß die Frage der Teilnahme an der Regierung eine Frage der Taktik und nicht des Prinzips ist (Resolution von Paris), die durch einen Parteikongress an dem Tage zu entscheiden ist, an dem sie praktisch gestellt sein wird.

3. daß die politische Aufgabe der Arbeiterpartei, die hauptsächlich darin besteht, die Interessen der Arbeiterklasse zu verteidigen und die radikalsten und dem revolutionären

Ideal der gesellschaftlichen Umformung am meisten entsprechenden Lösungen vorzubereiten, bis jetzt hauptsächlich in Kritik und Opposition bestand, daß der Tag aber kommen wird, wo sie positive Aufgaben zu erfüllen und zur Teilnahme an der Regierung bereit zu sein hat.

Daß an diesem Tage die Arbeiterpartei verstehen wird, die Verantwortung der Macht zu übernehmen und ihr gegenwärtiges und lokales Programm durch eine immer vollkommeneren Annäherung in die Wirklichkeit zu übertragen.“

Auf die Resolution de Vrouckere entfielen 77, auf ein Amendement Dunsmans 21 Stimmen.

## Kommunales.

**Sozialdemokraten sind nicht gleichberechtigt.** Die Arbeiterstadtratsversammlung hob in ihrer Sitzung vom Dienstag ihren früheren Beschluß, den Sozialdemokraten die Stadthalter nicht zur Abhaltung politischer Versammlungen zu überlassen, mit 22 gegen 5 Stimmen auf. Daraufhin erklärte der Oberbürgermeister sofort, er werde den Beschluß anfechten, da das Oberverwaltungsgericht auf dem Standpunkt stehe, daß die Freigabe städtischer Gebäude zu sozialdemokratischen Versammlungen eine Förderung der Bestrebungen der Sozialdemokratie darstelle.

## Aus dem Gerichtssaal.

**Aus dem kapitalistischen Rechtsmpf.** Vor dem Leipziger Landgericht ist fünf Tage lang gegen einen Revolverjournalisten verhandelt worden, einen Herrn Arthur Weisner, Dr. jur. und Herausgeber einer Halbmonatsschrift, die sich „Deutscher Kampf“ nennt. Die Verhandlungen enthüllten das widerliche Bild eines Mannes, der unter der Maske eines Kämpfers für gute Sitte knietief im Schmutz wader, und der es versteht, aus seinem Gewerbe gute Profite zu erzielen. Ein charakteristisches Beispiel für die Art, wie Weisner Inserate zu machen verstand, wurde ausführlich erörtert. Er fingierte Auskünfte an besorgte Abonnement über den Stand einer Bank, schickte die Nummern der Bank zu und ersuchte sie, Inserate bei ihm aufzugeben. Solche und andere Praktiken übte der Mann jahrelang. Auch versuchte er sich einmal an einem Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“. Von diesem erhielt er dafür aber so urkräftige Diebe, daß er heulend zum Kapitän lief und auch glücklich eine Verurteilung wegen formaler Beleidigung erzielte. Jahrelang betrieb Weisner eine schmutzige Heze gegen den Direktor eines Theaters. So schrieb er eines Tages, Direktor Hartmann liehe vor dem Bankrott. Die Folge war, daß Hartmann in wenigen Tagen zirka 20000 Mk. flüchtig machen mußte, um die andrängenden Gläubiger zu befriedigen. Direktor Hartmann verbot ihm endlich, sein Theater zu betreten. Nun bedrohte er den Direktor mit geschäftlichem Ruin und erzählte jedem, der es hören wollte, er werde den Direktor abblitzen, wie er schon den Chefredakteur des „Leipziger Tageblatts“, Treiber, den Kapellmeister Hagel, den Dramaturgen Dr. Weber u. a. abgeschossen habe. Nun riß dem Theaterdirektor der Geduldsfad. Er stellte Strafantrag wegen verletzlicher Erpressung, Nötigung und Beleidigung. Gleichzeitig war Weisner auch angeklagt wegen Beleidigung des Kapellmeisters Wolf, den er einen Wortbrüchigen und Schurken genannt hatte. Wegen Beleidigung des Oberrentenängers Feiner, den er des Meineides beschuldigte, wird er sich noch zu verantworten haben. Der Angeklagte hat bereits eine Anzahl Vorstrafen wegen Hausfriedensbruchs, Beleidigung und Annahmung eines öffentlichen Amtes erlitten. Zur Bervollständigung der Charakteristik des Mannes sei noch erwähnt, daß er als Student in Jena einen Arbeiter wegen Majestätsbeleidigung denunziert hat. Die Ironie des Schicksals aber hat es gewollt, daß der Denunziant sich später selbst in den Mäulchen des Majestätsbeleidigungsparagrafen verfangen hat. Er erhielt freilich als „gebildeter“ Mann dafür nur eine Festungsstrafe. Der Staatsanwalt plädierte für Verurteilung des Angeklagten und ersuchte, durch eine Nebenstrafe zum Ausdruck zu bringen, daß der Angeklagte aus ehrlöser Gesinnung gehandelt hätte. Das Gericht verurteilte ihn zu drei Monaten und einer Woche Gefängnis. Auf Ehrverlust wurde nicht erkannt.

**Mansfeld vor dem Schwurgericht.** Vor dem Schwurgericht begann Mittwoch die Verhandlung gegen Mansfelder Streikführer. Wegen drei Angeklagte wird zunächst allein verhandelt; 12 sollen nächsten Montag herankommen. Das ist der eigentliche große Skandal. Mittwoch waren von den Verteidigern anwesend: Rechtsanwalt Landsberg-Magdeburg und Rechtsanwalt Heine-Berlin. Die Anklage lautet auf Landfriedensbruch, gemeinschaftliche Körperverletzung und Nötigung nach § 153 der G.O. Es sind 22 Zeugen geladen. Die fraglichen Vorgänge sollen sich am 21. Oktober, morgens zwischen vier und fünf Uhr zugetragen haben. Die Angeklagten sollen Arbeitswillige mißhandelt haben. Sie streiten aber die Tat ab und behaupten, zu jener Zeit an ganz anderen Orten gewesen zu sein. Es sind auch eine große Anzahl Entlastungszeugen vorgeladen, die aber samt und sonders nicht vereidigt werden. Die Behandlung der Entlastungszeugen durch den Vorsitzenden, Landesgerichtsdirektor Heßband ist überhaupt sehr merkwürdig und auffallend. Sie werden in Kreuzverhöre genommen, werden in einem sehr scharfen Ton angesprochen, während die Arbeitswilligen, die als Belastungszeugen dienen, sehr milde und sehr höflich behandelt werden. Die Beweisaufnahme ergab, daß die Angeklagten nicht des Landfriedensbruchs schuldig gesprochen werden konnten. Selbst der Staatsanwalt mußte die Befreiung der Schuld in diesem Sinne verweisen. Er beantragte also: Freisprechung von der Anklage des Landfriedensbruchs. Dagegen hielt er gemeinschaftliche Körperverletzung und Nötigung für erwiesen. Er beantragte gegen jeden der Angeklagten sechs Monate Gefängnis. Ein Angeklagter wurde zu fünf Monaten, ein anderer zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Der dritte Angeklagte wurde freigesprochen.

**Ein soziales Bild aus dem Gegenwartsstaat.** Vor dem Schöffengericht Erfurt standen dieser Tage zwei Greise, 64 und 70 Jahre alt, unter der Anklage des Bettelns. Sie räumten ihr Vergehen offen ein und gaben an, sie würden es nicht getan haben, wenn sie Arbeit erhalten hätten, aber überall habe man sie wegen ihres Alters abgewiesen. Weil beide schon mehrfach wegen Bettelns vorbestraft waren, beantragte der Amtsanwalt Haftstrafen von 1 und 2 Wochen und außerdem gegen beide — Überweisung an die Landespolizeibehörde. Das Gericht erkannte auf die Haftstrafen mit der Begründung, daß die beiden Alten im warmen Gefängnis gut aufgehoben seien. Der Antrag des Amtsanwalts auf Überweisung ins Arbeitshaus wurde abgelehnt. Der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Dr. Krause betonte, daß die armen, alten gebrechlichen Leute nicht ins Arbeitshaus gehörten, da sie faktisch außerstande seien, zu arbeiten. Hier müßte die Armenverwaltung unterstützend eingreifen. — Das Urteil des Amtrichters nicht sehr wohlklingend von der Ansicht des Anklagevertreters ab; es verurteilt



Mitgefühl und soziale Einsicht, und da beide Eigenschaften in unseren heutigen Nichterkreisen leider nur allzu selten anzutreffen sind, so ist das Urteil wert, registriert zu werden. Die Anklage zeigt trotzdem wiederum deutlich, wie notwendig die Beseitigung der Bettelstraßen und des Arbeitshauses ist.

## Aus Nah und Fern.

**Dasen im Rohlfeld.** Anknüpfend an die Vorgänge in der Berliner Stadtsynode berichtet das „M. T.“ folgende Geschichte: Im Bureau der Stadtsynode erscheint ein bekannter Mann und bietet ein Terrain bei Ahrensfelde zur Anlage eines Zentralfriedhofes an. Ihm wird mitgeteilt, daß für derartige Zwecke in den nächsten zehn Jahren kein Geld vorhanden sei. Hinter dem Rücken dieses Mannes erscheint dann ein Duzbruder des Direktors bei den Bauern und läßt sich 118 Morgen notariell ankaufen. Mit einem Verkaufspreis von fast 250 000 Mk. erhebt nun die Stadtsynode dieses Terrain von den Besitzern. Diese wunderten sich natürlich über die Anschaffung des Mannes, der die ersten Kaufverhandlungen mit ihnen gepflogen hatte, noch mehr aber darüber, daß der ihnen fremde zweite Mittelsmann im Handumdrehen, ohne einen Pfennig zu veranlassen, 200 000 Mark verborgen sollte. In einer Zusammenkunft der Grundbesitzer kam dies zur Sprache. Der Herr erwiderte: „Was ich verborgen ist das wenigste, es sind ja so viele, die da mitessen.“ Zum Verständnis der Sachlage bemerkt das „M. T.“, daß die Stadtsynode für den Morgen 1200 bis 1000 Mk. bezahlen mußte, während die Bauern nur 900 und 1200 erhielten. Der erste Vermittler, der das Terrain mit dieser Mühe ausgekauft hatte, und die Bauern zum Verkauf bewogen hatte, auch nur zwei Prozent Gebühren verlangte, erhielt nichts, und der Duzbruder des Direktors steckte fast eine Viertelmillion Mark in seine Taschen.

**Betrügereien unter den Berliner Frommen.** In dem von uns schon kurz erwähnten Prozeß gegen den Kassendirektor von der Kirchengemeinde Nazareth in Berlin, der 128 000 Mk. unterschlagen konnte, weil es an genügender Kontrolle gefehlt hatte, ist auch der Direktor des Bureau der Berliner Stadtsynode verurteilt worden. Vier Beamte dieses Bureau hatten ihrer Aburteilung. Sie sind gefändigt, 200 000 Mk. verurteilt zu haben. Zwölf Jahre konnten die Defraudanten zahlreiche Jesuiten schroffen, ohne daß ihr Tun zur Kenntnis des Staatsanwalts gelangte. Einer hat gestanden, auf einige gefälschte Quittungen von einem Jesuiten rund 50 000 Mk. Kirchensteuern einliefert und für sich verbraucht zu haben. Und zwar auf eine geradezu verblüffende einfache Weise. Quittungsformulare lagen offen umher. Ein Jesuit mit jüdisch klingendem Namen wurde aus den Listen herausgezogen, die Quittung ausgegeben und die meist recht hohe Steuer eingezogen. In der Liste, in der der Jesuit als „evangelisch“ bezeichnet stand, wurde er einfach durch Hinzufügen des Wörtchens „mosaisch“ zum Juden gehandelt. Als solcher lief er nun dauernd durch die Listen. Dauernd konnten die Kirchensteuern von dem Defraudanten zwölf Jahre lang eingezogen werden. Im Bureau der Stadtsynode nannte man dies „das Tauffystem, wie es im Buche steht“.

**Ein schwerer Einbruchsdiebstahl** wurde in der Nacht zum Dienstag in Berlin in dem Geschäftsflokal der Damenmüllfabrik von A. Hahn (Lothringertstraße) verübt. Die Spukhaken, die nach der Art ihrer Arbeit mit den Verhältnissen der Firma bekannt sein müssen, gelangten von dem Untereingang in den Laden und räumten dort unter dem fertigen Sachen auf. Auch mehrere Stoffballen nahmen sie mit. Der Schaden beläuft sich auf über 2000 Mk.

**Zu den Vorkommnissen im Virchow-Krankenhaus** in Berlin hat die Untersuchungskommission Stellung genommen und über die angelegten Ermittlungen Bericht erstattet. Danach haben die drei entlassenen Schwestern zugegeben, von dem Günstigen gegessen zu haben, jedoch erst, nachdem mehrere Patienten davon bedacht worden waren. Es geschah dies entgegen der Anweisung, daß ein für Kranke bestimmtes Essen unter keinen Umständen von Angestellten verzehrt werden darf. Die Ermittlungen haben ferner ergeben, daß das Pflegepersonal sich in dieser Beziehung mehrfach Unregelmäßigkeiten hat zuschulden kommen lassen. Die Kommission stellte sich einmütig auf den Standpunkt, daß die Direktion aus diesen allgemeinen dienstlichen Gründen zur sofortigen Entlassung schreiten durfte, wenngleich ein milderndes Verfahren hätte Maß greifen können. Bezüglich der aus dem Leben geschiedenen Schwester Rosenkranz ist die Kommission zu der Überzeugung gelangt, daß der ihr erteilte Verweis nicht Ursache ihres Selbstmordes gewesen sein könne, denn sie sei, wie sie auch ihren Angehörigen gegenüber zu erkennen gegeben habe, über den Vorfall völlig beruhigt gewesen. Erwähnt wird noch, daß in der Schwesternschaft die Annahme Glauben finde, daß die Verunglückte nicht die Absicht gehabt habe, aus dem Leben zu gehen, sondern sich nur in der Menge des als Schlafmittel genommenen Morphiums verirren habe. Schließlich schlägt die Untersuchungskommission noch die Einsetzung einer Kommission vor, um auch die allgemeinen Verhältnisse im Virchow-Krankenhaus zu untersuchen und festzustellen, ob die bei diesem Anlaß erhobenen Klagen begründet sind.

**Wahnsinnig.** In Ludwigruh bei Landsberg an der Warthe sind die beiden sechzehn und neunzehn Jahre alten Töchter des Eigentümers Dobbert ohne ersichtlichen Grund plötzlich wahnsinnig geworden.

**Ertrunken.** Bei Brachwitz in der Nähe von Halle lief in der Nacht zum Mittwoch, nach einer Meldung der „Magdeburgerischen Zeitung“, ein Geschirr der Domäne Brachwitz von der Fähre und stürzte in die Saale. Der Aufsicht und die beiden Pferde ertranken. Zwei Arbeiter, die sich auf dem Wagen befanden hatten, wurden gerettet.

**Schiebende Einbrecher.** In Groß-Weißchen in Sachsen überfiel in der Nacht zum Dienstag ein Einbrecher, der sich in das Haus eingeschlichen hatte, die Frau des Kantors Reinhold und verletzte sie schwer. Auf den zu Hilfe eilenden Gemann feuerte der Dieb mehrere Revolverkugeln ab, die den Mann an der Brust leicht verletzten. Der Täter, ein 19jähriger Schneidergehilfe, konnte festgenommen werden.

**Schweres Unglück.** Dem 16jährigen Arbeiter Meier der Hütte „Hödnitz“ in Reetz bei Duisburg wurden durch einen glühenden Draht der Feinwalze die Sehnen beider Oberarmen glatt durchgebrannt.

**Schweres Baumunglück.** In Groß-Nuheim bei Gnanau stürzte Dienstag nachmittags plötzlich der Siebel an dem Neubau der evangelischen Kirche ein. Unter seinen Trümmern wurden vier Arbeiter begraben. Einer war sofort tot, die anderen schwer verletzt. Wenn die Schuld an dem Unfall bezu messen ist, wird noch festgestellt werden müssen. Der Verstorbenen hinterläßt Frau und drei Kinder, zwei der Verletzten sind auch Familienväter. Alle vier Opfer des Unfalls sind brave Parteigenossen.

**Ein Aufrufdokument.** Der „Karlshofer Volksfreund“ veröffentlicht den untenstehenden Brief, den ein Parteigenosse inhausen im Wiesental von seinem Vater erhielt. Er ist typisch für die Wirkung, welche die Heße der Zentrumspartei gegen die Sozialdemokratie hat. Einem Kommentars bedarf dieser Brief nicht. Er lautet:

Schönau, 1. Januar 1910.

Lieber Sohn!

Ich danke Dir für Deine Karte und wünsche Dir auch ein glücklich neues Jahr in Christus durch seinen Segen, wenn Du überhaupt noch in die Kirche gehst und hoffentlich wirst Du dich nicht ganz in die Arme der Soz. werfen, die an keinen Gott glauben und den Himmel auf Erden wollen wie sie die betören, aber es ist ihnen nicht Ernst damit, sie wollen bloß die Gewalt in Händen haben um Ihre Arbeiter noch viel ärger zu knebeln, das sehn wir in Frankreich ja Minister von Soz. registern und wie sieht es dort aus. Abscheulich ohne Religion, und wie sieht es aus jetzt in Baden seitdem die Wahl vorbei ist im badischen Landtag wo Soz. und Liberale mit Ihren Kräfte in Landtag gewandelt sind, indem sie schon ein Gesetzentwurf eingebracht wodurch die drei konfessionellen Schullehrerseminare in Simultanschulen bezweck Seminare umgewandelt werden sollen, des Tagespost vom Freitag 298 und das hat ein jeder Soz. auf dem Gewissen die den Soz. bei den letzten Wahlen beigegeben haben ebenfalls das zeigt also deutlich, daß die Soz. sowohl wie die Liberalen Antikämpferisch gesind sind und keine Religion kennen und keine wollen und leben als Religionshasser und Revolutionäre. Es ist ihnen nicht nur um die Religion zu zerrören, nein nachher kommt auch der Thron die Monarchie an die Reihe das ist so sicher als 2 x 2 = sind. Darum rathe ich Dir ernstlich, meide wo möglich diese verführerische Partei den es ist keine Wahrheit in Ihnen, sie lügen wie der Teufel selbst und nur mit Lügen haben sie die Mehrheit erlangt bei den Wahlen, geh weg von diesen Genossen die dich anlägen und verführen, den Ihre Liebe ist Lüg. und sind keine Christen und kommen sie aber zum sterben dan machen sie es wie es Ungläubige getan haben, sie stürzen sich vor dem Teufel dan soll geschwind der Herr Pfarrer kommen und sie in den liebten Himmel tragen, aber unser Herrgott läßt sich keine, wenn er schon Langmütig ist doch nicht spotten. Darum besinne dich eines besseren und laß die deine Religion nicht rauben, den hast diese verloren hast du alles verloren und die Ruhe mit Ihr.

Dein Dich liebender Vater.

Zentrums-Argumente gegen die Sozialdemokratie!

**Ein folgenschwerer Scherz.** In Augsburg wurde eine 23jährige Schulpraktikantin am Fastnachtstage von einem als Varen maskierten Mann derart erdrückt, daß sie auf dem Heimweg wiederholt umfiel und zu Hause in Bewußtlosigkeit verfiel. Nach ihrem Wiedererwachen hatte sie Gehör und Sprache verloren, war aber geistig noch klar genug, um schriftlich eine Darstellung des Vorfalls geben zu können.

**Kampf mit einem Wilderer.** Bei Leoni am Starnberger See hat ein Jagdaufseher im Kampf mit einem Wilderer diesen erschossen.

## Nie erlahmen

darf die Arbeiterschaft in dem Bestreben, für ihre Ziele Propaganda zu machen. Das beste Hilfsmittel dabei ist

## die Arbeiterpresse.

Jetzt ist die beste Gelegenheit, neue Leser und Abonnenten zu werben. In dieser Arbeit muß sich jeder Arbeiter, jeder Parteigenosse beteiligen. Jeder muß dessen eingedenk sein, daß es Pflicht ist, bei jeder Gelegenheit für den „Lübecker Volksbote“ zu agitieren.

**Ertrunken.** Aus Beyenburg (Regbz. Düsseldorf) wird gemeldet: Ein zehnjähriges Mädchen und ein vierjähriger Knabe rutschten in einem Schlitten die Böschung der Wupper hinab und stürzten in den hochgehenden Fluß. Die Mutter beobachtete den Vorfall vom Fenster aus und stürzte sich ins Wasser; es gelang ihr, den Knaben zu retten, das Mädchen ertrank.

**Verhaftung des achtfachen Mörders von Boguslaw.** Der Raubmörder Michael Kozinski, der verdächtig ist, den achtfachen Mord an der Familie Wasilewski in Boguslaw (Proz. Posen) verübt zu haben, wurde, wie der Untersuchungsrichter in Pleschen mitteilt, in Wenzlin in Rußland verhaftet.

**Hochwasser-Meldungen** liegen heute aus den verschiedensten Orten vor. Fulda, Wupper, Ruhr, Mosel sind im Steigen begriffen.

**Neue Hochwassergefahr in Paris.** Mit hanger Sorge wurde die Wiederkehr des Hochwassers beobachtet, die nach dem Wasserstand ernstliche Befürchtungen rechtfertigt. Das Wasser hat gestern voraussichtlich aufs neue den Stand vom 4. Februar erreicht und wird heute weitersteigen. Schon machen sich neue Erdstößen an den früher gefährdeten Stellen bemerkbar, und die tiefer gelegenen Straßen von Passy und Auteuil stehen wieder zum Teil unter Wasser. Aus dem Zuflugsgebiet der Seine treffen die besorgniserregenden Meldungen ein. Große Sorge macht die Mauer der Talpierre am See von Serrons, deren Festigkeit erschüttert scheint. Der Bruch dieser Mauer würde die ganze Talgemeinde der Yonne bis Auxerre und Joigny überfluten und mit den drei Millionen Kubikmeter Wasser, die das Sperrbecken faßt, Häuser und Menschen wegspülen. Die Flussbehörde in Auxerre erläßt jedoch beruhigende Zusicherungen über die Widerstandsfähigkeit des Deiches. Das Ministerium der öffentlichen Arbeiten erläßt eine Bekanntmachung, worin in Voraussicht einer neuen Hochwasserperiode die entsprechenden Sicherheitsmaßregeln angeordnet werden, um die tieferliegenden Kais von Paris gegen Überflutung durch Ausschöten der Ufermauern zu beschützen. Gleichzeitig wird die Frist für Begräbnung der Trümmer und Überbleibsel vom letzten Hochwasser verlängert. Im Rhonegebiet wird gleichfalls ein beträchtliches Anwachsen des Flusses konstatiert. An mehreren Brücken wurde die Alarmflage gehißt. Der Doubs und die Saone, sowie andere Nebenflüsse steigen fortwährend. Dabei gießt es unaufhörlich. Die Bevölkerung des bedrohten Gebietes wird durch behördliche Erlasse zu umfassenden Vorsichtsmaßregeln aufgefordert. — Da die Re-

gierung, obwohl die Lage nicht bedrohlich ist, mit der Möglichkeit einer neuen Überschwemmung von Paris rechnet, ordnete der Ministerpräsident an, die gegen das Hochwasser getroffenen Maßnahmen vorläufig noch aufrecht zu erhalten. In den Stadvierteln, die möglicherweise betroffen werden könnten, sollten die Notwege wieder hergestellt werden. Die Geländer der Quais in Berry und Passy werden erhöht. Die nach der Seine hinausgehenden Fensteröffnungen der unterirdischen Bahn sollen verstopft werden.

Gestern mittags war die Seine in den letzten 24 Stunden um 21 Zentimeter gesunken.

Von 7 Uhr morgens bis 3 Uhr nachmittags ist die Seine um 6 Zentimeter gesunken. Bioniere errichten Schußdämme vor mehreren Brücken. Im Troyes ist die Seine um 80 Zentimeter gesunken. Aus dem Rhone- und Vindelgebiet werden Überschwemmungen gemeldet.

**Ausbruch in Mittelamerika.** Meldungen aus Port Limon in Costa Rica besagen, daß der Vulkan Poas, der lange Zeit schlief, sich in heftiger Eruption befindet. Die Lavamassen überfluten fruchtbare Täler, große Anpflanzungen wurden zerstört. Die Dörfer sind wie ausgestorben, nachdem die Bewohner in panikartiger Flucht ihre Häuser verlassen. Die einlaufenden Meldungen sprechen von vielen Toten; doch fehlt noch die amtliche Bestätigung. Zweihundert Pfund schwere Felsblöcke wurden vom Vulkan zwei Meilen weit geschleudert. Die Stadt Cabacita ist von Asche bedeckt, der Ort Valechert ist durch Felsen und Lavamassen verheert worden.

**Hungrige Wölfe.** Das malländische Blatt „La Sera“ meldet aus Piacenza, daß eine Schaar hungriger Wölfe dieser Tage, vom Apennin herkommend, in den Täler erschienen sei und unter den Viehherden Schaden angerichtet habe; auch ein Bauer, der auf seinem Wagen nach Lugagnano heimkehrte, wurde von Wölfen angefallen und tödlich verwundet. Unter der Bevölkerung herrscht infolge dessen große Erregung.

**Am der Südküste der Insel Seeland,** am sogenannten Stevens Mint, haben sich in letzter Zeit große Massen des Ufers, das hier 50 Meter tief ins Meer abfällt, infolge von Unterwühlungen der letzten Stürme losgelöst und sind ins Meer gestürzt. So verfiel auf einem Tage ein 30 Meter langer und 20 Meter breiter Stück Land, das mit Getreide bebaut war. Einwas nördlich davon ist ebenfalls eine große Strecke unterwaschen worden. In der Ortschaft Polenrup schwebt die Kirche in Gefahr und droht ins Meer zu stürzen.

**Infolge starker Regenfälle** ereignete sich in dem englischen Betchendorf West Wylam ein Erdbeben. Drei Häuser stürzten plötzlich ein, acht Personen unter den Trümmern begraben. Vier Frauen wurden schwer verletzt, drei tot von den herbeigekommenen Bergleuten hervorgezogen, auch ein Mann war schwer verletzt. Die Gemannen der Verunglückten waren zurzeit im Schacht beschäftigt.

**Ein Selbstmordversuch Abdul Hamids.** Nach Meldungen aus Saloniki verschlechtert sich der Geisteszustand des in der Villa Marini internierten Abdul Hamid von Tag zu Tag. Der Sultan hatte sich schon seit mehreren Tagen wie wahninnig geberdet, indem er in den Zimmern herumtielt und unartikuliert, gellende Rufe ausstieß. Montag hatte er einen überaus heftigen Tobsuchtsanfall, in dessen Verlaufe er sich mit einem Handtuche zu erhängen versuchte. Einen herbeigekommenen Diener warf er zu Boden und biß ihm einen Finger an der rechten Hand ab. Auf die Hilferufe des Dieners eilte die Wache herbei und legte dem Sultan, der unerbittlich tobte und um sich schlug, die Zwangsjacke an.

**Strenge Kälte in Newyork.** Wie dem „Newyork Herald“ aus Newyork gemeldet wird, war dort Montag der kälteste Tag seit vielen Jahren. Sogar in der Newyorker City, wo die Temperatur durch den nahen Golfstrom gewöhnlich milder ist, war sie auf 20 Grad unter dem Gefrierpunkt hinuntergegangen und trotz des schönen Sonnenscheins am Mittag ließ das Thermometer nur um 8 Grad. Ein starker Westwind verschärfte die Kälte. Der Broadway und die 5. Avenue waren fast vollständig menschenleer, da sich die Chauffeure sowohl wie die Kutscher weigerten, bei solcher Kälte aus dem Hause zu gehen. In Newyork allein erfroren acht Personen. Im nördlichen Teil des Staates fiel das Thermometer sogar auf 30 Grad unter Null.

## Allerlei Wissenswertes.

**In welchem Alter befinden sich die meisten Menschen?**

Geht man auf einer großstädtischen Straße, so begegnet man sicher kleinen und großen Menschen aller Altersstufen. Es ist garmicht so uninteressant, einmal zu studieren, in welchem Lebensalter sich wohl die meisten Menschen befinden. Die Statistik hat sich natürlich auch mit dieser Frage beschäftigt. Nach den Feststellungen vom 1. Dezember 1900 gehörten von je 1000 Bewohnern an: dem Alter bis zu 5 Jahren 31, dem Alter von 5 bis 15 Jahren 218, von 15 bis 30 Jahren 263, von 30 bis 50 Jahren 232, von über 50 Jahren 156. Die meisten lebenden Menschen befinden sich also im Alter von 15 bis 30 Jahren. Die weitere Lebenswahrscheinlichkeit bis zum 50. Jahre ist dann eine ziemlich hohe, aber vom 50. Lebensjahre ab sinkt sie beträchtlich. Dem Sterben aber meistens ausgesetzt sind die Altersklassen bis zu 5, von 5 bis 15 und von 50 Jahren und darüber. Wer 15 Lebensjahre vollendet hat, hat auch Aussicht, das 50. Jahr zu erreichen.

## Aus den Witzblättern.

**Moderne Familie.** „Kellner — meiner Mutter ein Glas Milch, mir ein Bier und meiner Tochter einen Absinth!“

**Zustimmung.** Messe Studio: „Ich bin jetzt Katastrophe geworden!“ — Dunkel: „Da hast du recht. In Katastrophen warst du ja immer schon!“

**Kantippe** (sich im Spiegel betrachtend, schadenfroh): „Ich bin wieder häßlicher geworden — das wird meinen Mann ärgern!“

**Wasserdienst.** Vertraute: „Wo hat dich denn der Leutnant geküßt?“ Junge Dame: „Im Erfrischungsraum!“

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling.  
Verleger: Th. Schwach. Druck: Friedr. Meyer u. Co.  
Sämtlich in Lübeck.

**Drucksachen** jeder Art für Vereine, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich aus-  
geführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“.